

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 200 Hg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Hg., Reklamen 800 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264.

Donnerstag, den 10. November 1921.

23. Jahrgang.

Feigheit vor dem Feinde!

Dr. L. Lübeck, 10. November.

Wer erinnerte sich aus dem Kriege nicht der zitterigen Feigheitsanfalle, denen so viele vornehme Herren in der Uniform von Lager- und Stappenoffizieren ausgesetzt waren; bei Fliegerangriffen und dergleichen?

Wer hätte nicht ein oder das andere Mal Gelegenheit gehabt, den ungeheuren Mut dieser „besseren“ Herren zu bewundern; bei patriotischen Ansprachen weit vom Geschäft, bei begeisterten Sektreden und Siegesfeiern?

Wer hat sich nicht lustig gemacht über das hilflose Zusammenklappen und das eilige Verschwinden dieser selben Patrioten am 9. November?

Wer hätte nicht gelacht über die ungeheure Angst, die sie dann wieder während des Rapp-Butsches untermischt mit jager Freude durchjagte?

Wer hatte nicht heute aufs neue seine Freude an dem altgewohnten ungeheuren Heldennut, den diese einzigen Vaterlandsfreunde im Wahlkampf aufbringen?

Wie einst, irgendwo weit vom Geschäft versammelt der bürgerliche Herzog und Einheitskämpfer Behn in luftdicht abgeschlossener Versammlung seine Getreuen. Und er erledigt von da aus in gewaltiger Rede alle Sozialisten, alle Feinde der Geldsäcke — in deren Abwesenheit allerdings. Und an seinem eigenen Mut berauscht er sich schließlich so jurchbar, daß er, wie einst der edle Don Quixote, mit wilden Keulenschlägen alles zerhackt, was sich seiner schönen bunten schillernden Hintermännerliste entgegenzustellen magt. In ihrer besten Zeit haben diese „besseren Kreise“ hinter den Sektgläsern der Offizierkassinos keinen prächtigeren Sieg gefeiert, als Behn und seine Getreuen im Zentral-Hotel.

Und mit welchen Waffen wurde da gekämpft! Die ältesten Schlagworte holte man aus der staubigen Kumpelkammer des alten Vaterstädtischen Vereins: Demagogie, Klassenkampf, Verhehung. Mit den gleichen Worten betrog man einst in Lübeck die Arbeiterschaft um jede politische Freiheit; einschuldigte man einst die unglaublichste Knebelung des aufstrebenden Proletariats! Schließlich wärmte man sogar das uralte Märchen auf von den wurzellosen Proletariern,

die den alten Hanseatengeist in den Schmutz ziehen.

Wie einst.

Ob diese Herren in ihrem schönen runden Leben schon einmal darüber nachgedacht haben, in welcher warmes Nest ein gütiges Geschick sie gelegt hat; daß sie sich nur die Mühe der Geburt zu geben brauchten, um sitzen bleibend

wie eine Made im Speck

das schönste Wohlleben führen zu können? Und ob sie auch schon einmal über das

Proletariatsjähmal

nachgedacht haben, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle, von Ort zu Ort irren zu müssen, um nur irgendwo ein bitteres und kärgliches Brot zu finden?

Aber Denken, das über das Zusammenraffen von Profit hinausgeht, war noch nie die starke Seite des Bürgertums. Wozu soll es auch gut sein? Man stellt sich einfach hin und spricht von den unklaren Köpfen der jungen Sozialdemokraten, um über seine eigene trübe Dummheit einen mitleidigen Schleier zu hängen. Armer Kuddelmuddel-Behn, wie wird es in der Bürgerschaft dir ergehen, wenn du die Peile deines Geistes so versendest wie im Zentral-Hotel? Dann hast du Gelegenheit, deinen klaren Geist leuchten zu lassen, während deine Gegner dabei stehen. Dann kannst du die aufsteigende Wolke deiner Dummheit nicht durch einen raschen und fetten Beitrag an die Parteikasse vergolden. Dann sind die Zeiten der glänzenden Feigheit und der großen Worte vorbei!

Uebrigens, wenn diese Herren so überzeugt sind von der Unklarheit der jungen Köpfe der Sozialdemokratie, weshalb haben sie dann nicht den Mut, sich öffentlich mit ihnen zu messen. Weshalb wagen sie es dann nicht, in

öffentlicher Volksversammlung

Rede und Gegentrede zu stehen?

Wir wollen es ihnen sagen: Weil sie ein schlechtes Gewissen haben! Weil sie von Sozialismus soviel wissen wie ein neugeborenes Kind!

Weil sie feige sind,

heute noch ebenso feige sind wie im Kriege, wie in der Revolution und seither. Bei Freunden und unter sich mutig wie ein Mameluk, vor dem Feinde feige wie ein Schakal, das wäre der beste Wappenspruch für alle diese Namen, die sich auf der Einheitsliste und im Bürgerbund zusammengefunden haben. Die Geschichte wird dem deutschen Bürgertum einst diesen Sittenspruch für alle Zeiten anhängen.

Oder ist es vielleicht nicht der Höhepunkt der Feigheit, wenn die vereinigten politischen Parteien eine öffentliche Wählerversammlung einberufen gerade am Freitag, an welchem Tage einer der verhasstesten und gefürchtetsten der jüngeren „unklaren“ Sozialdemokraten im Gewerkschaftshaus spricht? Wenn sie für alle vier bürgerlichen Parteien zusammen den kleinen Marmoraal nehmen; wenn sie die Diskussionsredner im voraus bestimmen und jede freie Aussprache ausschließen? Wie wenig Vertrauen müssen sie zu sich selbst und zu ihren Mitkäufern haben!

Nichts wird so geeignet sein, dem Volke die Augen zu öffnen als diese Feigheit vor dem Feinde; auch nichts so geeignet, die ungeheure Schuld und das schlechte Gewissen dieser Patrioten in das Licht der hellsten Offenheit zu stellen.

Arbeitende aller Stände! Ruft diese bürgerliche Angst und dieses Schuldbewußtsein in alle Welt hinaus! Ueberall wo die Arbeit wohnt muß mit Fingern auf diese anendliche Feigheit gezeigt werden. Schämen muß sich jeder, mit dieser Sippe zusammenzugehen.

Wer die Lippe Behn wählt, gibt seine Stimme schuldbeladenen und schuldbewachten Feiglingen und lässlichen Wort- und Geldhelden.

Sie scheuen das Licht des Tages und der Volksversammlung wie Maulwürfe und Diebe. Unterirdisch aber wählen sie, im Dunkeln suchen sie Dummheit.

Beispiel: In den verschiedenen Stiftswohnungen laufen die feinen Damen der Einheitsliste umher und verteilen an die alten Frauen Kilopaketchen mit Erbsen mit den salbungsvollen Worten: Wählt Behn, und Ihr bekommt noch mehr Erbsen!

Früher versprach man dem Volke den Himmel, jetzt Erbsen. Beides ist leicht versprochen! Und Dummheit wird es in der Welt immer geben.

Arbeiter! Seht diesen geheimen Wählern den offenen Kampf entgegen. Eure letzte Kraft setzt ein gegen alle Totengräber des arbeitenden Volkes.

Nur noch zwei Tage trennen uns von der Wahl. Tut jetzt stündlich eure Pflicht. Klärt eure Frauen auf und eure Töchter.

Ganz Deutschland schaut auf die Lübecker Wahl. Neue Kraft will die gesamtdeutsche Arbeiterbewegung aus eurem Erfolg schöpfen.

Es geht um's Ganze! Wir wollen die letzten Volkwerke des Bürgertums erstürmen; wir wollen die Schulen dem Proletariat öffnen.

Wir wollen unseren Kindern die Zukunft bauen, die jetzt nur „besseren“ Kindern bereitet ist.

Wir wollen dem Wucher jeder Form ein Ende machen!

Wir wollen endlich, endlich dem Proletariat den Weg frei machen zum Aufstieg und zur Freiheit.

Das heißt Krieg dem Besitz, Krieg dem Kapital, Krieg allen bürgerlichen Vorrechten.

Proletarier, zeigt Euch dieses Kampfes wert! Reißt auch eure letzten Genossen auf! Agitiert ihr die

Partei der Arbeit!

Wecht für die Lippe Ehlers!

Die Reparationskommission in Berlin.

Vorschuhforderungen der Entente.

Berlin, 10. November.

Die Reparationskommission ist zur Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nach Berlin entsandt worden und wird hier an Ort und Stelle diejenigen Feststellungen machen können, die für die Möglichkeit der Wiedergutmachungspolitik in der nächsten Zeit von Wichtigkeit sind. Es ist immerhin ein Ereignis von historischer Bedeutung, daß man endlich die Frage der nächsten Zahlungen nicht mehr langvorbereiteten Ministerkonferenzen überläßt, sondern zunächst einmal die dazu eigens eingesetzte Kommission nach der Reichshauptstadt schickt, wo sie sowohl mit der Regierung wie mit maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten Beratungen pflegen und sich ein einwandfreies Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bilden kann. Es ist allgemein bekannt, daß die erste Reparationsrate nur unter allergrößten Schwierigkeiten aufgebracht werden konnte. In Frankreich werden diese Schwierigkeiten noch immer verkannt. Dagegen ist in anderen Ländern schon die Erkenntnis zum Durchbruch gekommen, daß der Friedensvertrag unbedingt reviditionsbedürftig ist, wenn auch die amtliche Politik daraus noch keine Folgerungen gezogen hat. Der neuerliche Valutasturz hat die Lage wiederum erschwert, und es besteht schlechterdings keine Aussicht, ohne Erfassung der Sachwerte oder langfristige Kredite von nächsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Von diesem Standpunkt wird sich die Reparationskommission überzeugen lassen. Sie wird vor die Frage gestellt sein, ob sie den Erfüllungswillen des republikanischen Deutschlands anerkennen, oder ob sie ihn in Abrede stellen will. Ein Teil der Barleistungen ist für Frankreich durch das Wiesbadener Abkommen von Sachleistungen ersetzt worden. Man weiß, daß England in dieser gelassenen Behandlung der französischen Forderungen Nachteile für die anderen Alliierten sieht und deshalb für diese von Frankreich Sicherheiten fordert. Auch zur Klärung dieser Frage wird die Reparationskommission in Berlin Gelegenheit haben. Sie wird sich davon überzeugen können, daß die Sachlieferungen immer noch die günstigste Zahlungswelle für Deutschland sind, vorausgesetzt, daß die gelieferten Fabrikate zu ihrem vollen Goldwert in Anrechnung kommen. Entscheidend wird für ihre Stellungnahme sein, ob sie die Art der Reparationszahlungen den innerpolitischen Bedürfnissen Deutschlands anpassen will. Der Widerstand der Rechtsparteien gegen das Wiesbadener Abkommen sollte ihr dabei ein Fingerzeig sein. Bisher ist es noch immer so gewesen, daß der Erfüllungswille der Regierung Wirk durch gegenpolitische Rückschlüsse immer gefährdet wurde. Man erinnere sich daran, wie nach bis vor wenigen Monaten jede Teilnahme Deutschlands an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs hinausgeschoben wurde, weil die Teilung Oberfrankreichs alle Hoffnungen auf ein Gelingen der deutschen Wirtschaft und Finanzen in Frage stellte, und wie die ersten Barleistungen die Welt in Verwirrung und damit die Lebenshaltung des deutschen Volkes einschränkten. Will die Reparationskommission in ihrem eigenen Interesse die Erfüllungspolitik fördern, so wird sie sich nicht damit begnügen dürfen, neben den Reichsbehörden die Minister von Handel und Industrie zu Rate zu ziehen, sondern sie wird auch vor allem die großen Arbeiterorganisationen befragen müssen. Die Arbeiter sind es, die unter der Valutarentwertung am Schwersten zu leiden haben, ihre parlamentarischen Vertreter haben den Wunsch zu der Erfüllung des Friedensvertrages bis an die Grenze des Möglichen immer betont. Sie werden am besten Ergebnis ablegen von der ungeheuren Not, die die Scheinrentenfürer des Valutasturzes über die breiten Massen gebracht hat und über die Schicksale aus der guten Beschäftigung der Industrie auf die Leistungen des Gesamtvolkes verhängt.

Die Reparationskommission ist in den letzten Abendstunden des Mittwoch in Berlin eingetroffen. Noch bevor die Mitglieder der Entente in Berlin anwesend waren, und die deutsche Regierung über den Zweck ihrer Anwesenheit unterrichten konnte, wurden von der in wie Auslandspresse bestimmte Mitteilungen über den Zweck des Aufenthaltes gemacht. Besonders gewisse Auslandsblätter geben sich alle Mühe, Deutschland auf schwere Cremonse vorzubereiten und haben die Absicht zu verfolgen; die Widerstandskraft der deutschen Regierung und des deutschen Volkes gegen eventuelle neue Zumutungen im Voraus zu unterminieren. Gewiß kommen die besten Finanzlenker der Entente nicht zum Bewußtsein nach Berlin, trotzdem aber ist ein Restmismus im Angeblieb noch nicht abgebracht. Die Regierung hat alle Vorbereitungen getroffen, um der Reparationskommission ein klares Bild über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage zu geben und denkt nicht daran, der internationalen Propaganda, die mit Hilfe der verschiedensten Mittel die deutsche Unfähigkeit, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, zu beweisen, irgendwie Rechnung zu tragen.

Vorschuhforderung für Frankreich.

Paris, 10. November.

Wie der „Temps“ bestätigend meldet, hat die Garantiekommision die Forderung erhoben, daß Deutschland am 15. November und am 1. Dezember je einen Vorschuh leistet, der zusammen etwa vier Fünftel der halben Milliarde Goldmark betragen sollte, die am 15. Januar 1922 fällig ist. Diese Vorschuhzahlungen sollen den Zöller und der Ausfuhrabgabe entnommen werden. Die Reparationskommission wird mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen sprechen, um die Vorschuhzahlungen zu ermöglichen. Die Kommission wird sich ferner mit der Kreditation der Industrie, sowie mit dem Marktsturz und dem deutschen Budget, sowie der Schaffung einer Einnahmequelle durch neue Steuern beschäftigen.

England und das Wiesbadener Abkommen.

London, 9. November.

Das britische Auswärtige Amt veröffentlicht einen Bericht des britischen Delegierten in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, über das Wiesbadener Abkommen vom 6. Juni. Es heißt darin: Das Abkommen würde bedeuten, daß Deutschland zu der ihm von der Reparationskommission auferlegten Last noch eine neue übernahm. Zweifellos befindet sich unter den Gründen, die die deutsche Regierung dazu veranlaßten, der berechnete Wunsch, die durch die Ruinen in Frankreich geschaffenen offenen Wunden zu heilen, sowie der (wahrscheinlich unbegründete) Glaube, daß die finanziellen und industriellen Verhältnisse Deutschlands augenblicklich derart sind, daß es Vorteile hat, eine Erleichterung in der Beschaffung der ausländischen Devisen selbst mittels mehr als einer gleichwertigen Verpflichtung, die durch die Ausfuhr von Waren erfüllt werden kann, zu erkaufen. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß der potentielle Umfang der hinzugekommenen Lasten so groß ist, daß es unklug wäre, anzunehmen, daß sie ohne Schäden für die Erfüllung der Deutschland durch den Zahlungsplan auferlegten Verpflichtungen getragen werden könnten. Es würde nicht unvernünftig sein, Frankreich den vollen Vorteil in der Beschleunigung der Bezahlung der Reparationsanteile zu gestatten.

Der Bericht fährt fort: Auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark trat eine starke Entwertung der Mark ein, und die Arbeiten des Garantieauschusses erreichten noch nicht einen Punkt, bei dem die Bezahlung der übrigen Raten selbst für das laufende Reparationsjahr als gesichert angesehen werden könnte. Für den Fall, daß Deutschland wegen der darauffolgenden Rate in Schwierigkeiten kommen sollte, sei es unermesslich, daß die Hinzuliefernden, Frankreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht nur als Grund für die Rücknahme geltend gemacht würden, sondern daß die Verpflichtungen tatsächlich einen Beweisgrund zugunsten einer solchen Rücknahme darstellen würden, von der den alliierten Regierungen nicht außer acht gelassen werden könnte. Die Folgen des Abkommens können sein, daß während des Jahr beträchtlichen Zeitraumes eine Herabsetzung zugunsten Frankreichs und zum Nachteile anderer Alliierten in der Verteilung der verfügbaren Reparationseinkünfte erfolgt. Wenn die anderen alliierten Mächte nicht bereit seien, die mit Frankreich bestehenden Vertragsverpflichtungen und interalliierten Vereinbarungen betr. die Prioritäten in der Verteilung der Reparationseinkünfte abzuändern, seien weitere Verfügungen erforderlich. Die Verfügungen, die von Bradburn und den italienischen und belgischen Kollegen vorgeschlagen wurden, sind erdens, daß eine Zeitgrenze festgelegt werde, nach deren Ablauf keine neue Aufschüebung des Debits gestattet sein soll, und daß die Abtragung des bestehenden aufgehobenen Debits durch regelmäßige Raten besonnen werden soll. Die genaue Dauer dieses Zeitraumes soll bestimmt werden nach der Zeit, die Deutschland benötigt, um die notwendigen Lieferungen durchzuführen. Der vorgeschlagene Zeitraum soll 7 Jahre nicht überschreiten. Zweitens, daß unter keinen Umständen der Gesamtbetrag des aufgehobenen Debits gegen Frankreich den vorerwähnten Betrag überschreiten darf. Drittens soll eine Bestimmung eingefügt werden, derzufolge Frankreich von Zeit zu Zeit in des allgemeinen Reparationskonto Beiträge einzahlt, um den anderen Alliierten ihren Anteil an den von Deutschland nach dem Zahlungsplan geschuldeten Beträgen zu liefern. Wenn diese Verfügungen eingeführt werden, kann das Wiesbadener Abkommen zur Beschleunigung der Lösung des Reparationsproblems auf breiter Grundlage in einer für Frankreich vorteilhaften Weise beitragen, ohne daß dadurch die Interessen der anderen Mächte geschädigt würden, und aus diesem Grunde empfahl die Reparationskommission das Abkommen den alliierten Regierungen einstimmig zur Zustimmung. Wenn die alliierten Regierungen das Abkommen mit den notwendigen Verfügungen genehmigen sollten, müßte die Reparationskommission noch mehrere Punkte erwähnen, u. a. die besonderen Abmachungen bezüglich der Kohlenlieferungen und bezüglich der Preise, die gutgeschrieben bzw. zur Last geschrieben werden sollten.

Das Wiesbadener Abkommen.

Berlin, 10. November.

In der heutigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates erklärte und verteidigte der Wiederbauminister a. D. Rathenau das Wiesbadener Abkommen, daß bei unierer heutigen Lage immer größere Bedeutung erwinne. Bei der sich anschließenden lebhaften Erörterung wurde von verschiedenen Seiten als ganz besonders wichtig hervorgehoben, daß das Wiesbadener Abkommen der Industrie eine Beschäftigung auf lange Frist gewährleiste.

Die ungarische Regierung und die Habsburger.

Paris, 10. November.

Der Völkervertragungskonferenz ist ein Schreiben der ungarischen Regierung zugesangen, in dem diese sich verpflichtet, die Entscheidung der Völkervertragungskonferenz vom Februar 1920 und April 1921 über das Verbot der Wiederkehr der Habsburger durchzuführen. Die ungarische Regierung erklärt weiter, daß sie die Frage einer Königswahl im Einvernehmen mit den Mächten Wien wird, die in der Völkervertragungskonferenz vertreten sind. Zur Durchführung dieser Wünsche der Großmächte wird die ungarische Regierung in Verbindung der bereits bestehenden Straßbestimmungen ein Gesetz erlassen, das eine wirksame Bekämpfung jeder Propaganda zu Gunsten der Habsburger und des Verfalls der Habsburger wieder nach Ungarn zurückzuführen, gestattet. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Erklärung die Alliierten befriedigen wird.

Die Kontrolle über die Entwaffnung Ungarns.

Rom, 10. November.

Ein Bericht, wonach der serbische Kroarat das Abkommen von Venedig über das Burgenland nur unter der Bedingung anerkennen wird, daß keine jugoslawische Kommission die Entwaffnung Ungarns kontrolliert, wird hier als Reporterbluff bezeichnet. Die Entwaffnung Ungarns geht gemäß dem Vertrage von Trianon vor sich unter der Kontrolle der Militärkommissionen, in der Jugoslawien weder Sitz noch Stimme hat.

Die Revolutionsfeier in Berlin.

400 000 Teilnehmer.

Berlin, 9. November.

Die Geburtsfeier der deutschen Republik fand in Berlin vor dem Zeichen der ungeschlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In glühender Hitze und in großer Hitze.

wie es sich für die Arbeiterschaft gebührt, ging die Feier von statten. Auf 7 Plätzen versammelten sich die Angehörigen der SPD. und der USP, angeführt durch die Klänge der Internationale, um Treue zur Republik zu geloben und ihr Bedürfnis nach Einigung zum Ausdruck zu bringen. 25 Redner, gemeinsam von den beiden Parteien gestellt, sprachen zu den Massen und mahnten sie, zusammenzutreten, um das am 9. November Erzeugene zu erhalten eventuell auch zu verteidigen. Der frühere preussische Finanzminister, Lüdemann, führte u. a. aus: „Das Vorgehen des letzten Habsburgers und die Proklamation des Prinzen Rupprecht in Bayern sind neue Beweise dafür, wie stark sich die Nationalisten und Monarchisten bereits wieder fühlen. Gleichzeitig hat es auch der Kapitalismus verstanden, die Not des Volkes auszunutzen und zugleich seinen Einfluß auf die Staatspolitik immer mehr zu verstärken. Der letzte Beweis dafür ist das Verhalten der Industriellen in Sachen der Milionenkredite. So tritt zu dem Diktat der Entente, das in dem von Ludendorff verschuldeten Frieden von Versailles begründet ist, für das deutsche Volk das Diktat der Kapitalisten. Jedes Unglück des deutschen Volkes, wie feinerzeit die Explosion von Oppau und der teilweise Verlust Oberschlesiens, wird von den Spekulanten zur Steigerung ihrer Gewinne benutzt. Gegenüber der Macht des Kapitalismus und der Nationalisten hat das Proletariat nur die Solidarität der Arbeiterschaft in die Waagschale zu werfen. Das Ziel muß sein, in allen Ländern sozialistische Mehrheiten zu erlangen. Der Ausfall der Berliner Kommunalwahlen beweist, daß das nicht immer möglich ist. Es sei daher ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall nicht zu vermeiden. Ob der neueste Versuch, der jetzt in Preußen mit der Regierungsbildung gemacht wird, günstig ausfallen wird, müsse die nächste Zukunft zeigen. Vor allem sei es notwendig, geschlossen hinter den Führern zu stehen und durch eigenes Auftreten den Einfluß der Sozialdemokratie in den Regierungen zu stärken. Dies sei um so notwendiger, als wir zweifellos wirtschaftlich einem sehr schweren Winter entgegengehen und außerdem ernsthaft mit nationalistischen Angriffen auf die Republik zu rechnen haben.“

Kurz nach vier Uhr waren die eindrucksvollen Demonstrationen beendet. Die 400 000 Menschen, die den Tag durch teilweise Arbeitsruhe würdigten (die Hochbahn lag von 2 Uhr 25 Min bis 3 Uhr 35 Min. still), traten in geschlossenen Zügen unter Vorantritt roter und schwarz-rot-goldener Fahnen den Heimweg an. Am Abend fanden in mehr als 30 Lokalen Feiern der Sozialdemokratie statt, in denen des 9. November durch Prologe und Schilderung einzelner Ereignisse am Tage der Revolution gedacht wurde.

Die diesjährigen Revolutionsfeiern stehen hinter den Feiern des vorhergehenden Jahres, die durch den vorjährigen Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin beeinträchtigt waren, nicht im geringsten zurück, sondern beweisen im Gegenteil, daß trotz aller wirtschaftlichen Nöten die Stimmung zwar beeinträchtigt, jedoch die Hoffnung in vollem Umfange auf die Republik gesetzt ist.

Die Kommunisten veranstalteten Einzelseiern, zum Teil in Sälen und unter freiem Himmel.

Vorbereitungen über Oberschlesien.

Berlin, 10. November.

In Vorbereitungen über die deutsch-polnischen Verhandlungen im Auswärtigen Amt sind die für Oberschlesien und für das Reich wichtigen Zollfragen, sowie alle Fragen der Ein- und Ausfuhr im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Genfer Diktats einer sachlichen Prüfung unterzogen worden. Der stellvertretende deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Lewald, und der preussische Generalsekretär Dr. Göppert werden in den nächsten Tagen in Breslau und Oppeln mit Vertretern der Unternehmer, wie der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie mit den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die Wünsche des Abtimmungsgebietes, wie der Provinz Schlesien noch einmal beraten.

Oppeln als Verhandlungsort ungeeignet.

Berlin, 10. November.

„Soniek Slaski“ erzählt aus gut informierter Quelle, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen in Oppeln stattfinden werden, da es infolge der Wohnungsnot schwierig sein dürfte, die Konferenz in Oppeln unterzubringen.

Gegen die Spekulationstour.

Berlin, 10. November.

Der Gezeitentour, dem das Reichskabinett bereits zugestimmt hat, und der die Börsenspekulation gestern zu der Zurückhaltung bewegen hat, bestimmt bekanntlich, daß die Banken allein berechtigt sind, Devisengeschäfte abzuschließen mit Leuten, die sich über ihre Person legitimieren können. Ueber jedes Geschäft soll ein Schlußschein ausgefertigt werden, der dem zuständigen Finanzamt des Käufers, bezw. Verkäufers zu den Steuerakten übergeben wird. Dadurch werden die Gewinne aus der Devisenspekulation der Steuerbehörde bekannt und können bei der Einkommensteuer usw. berücksichtigt werden. Da z. B. die Einkommensteuer aber diese Gewinne viel stärker erfaßt als alle bisher vorgeschlagenen Devisenumsatzsteuer, wird die blinde Spekulation, die sich in letzter Zeit breit gemacht hat, den Devisenhandlern gründlich verleidet: Daher kommt es, daß an einem einzigen Tage nach der Bekanntgabe des Entwurfs die amtliche Notierung des Dollars in Berlin von 310 auf 253 zurückgegangen ist. Es ist also zu hoffen, daß das verschärfte Vorgehen gegen die Kursstreiber fremder Zahlungsmittel die wilden Kursschwankungen der Mark mindestens dämpfen wird. Ganz bejammern läßt sich natürlich der Devisenrückgang solange nicht, als seine letzten Ursachen, die Reparationszahlungen, die schlechte Handelsbilanz und die fortgesetzte Tätigkeit der Aktienpresse wirksam bleiben.

Der Kampf um die Republik in Bayern.

Von unserem Münchener Korrespondenten.

München, 9. Novbr. (Drachtber.)

Die große Parade vor dem toten bayerischen König hat doch mit einem positiven Ergebnis für den republikanischen Gedanken geendet, nämlich mit der Entlarvung des Wittelsbacherischen Thronerbes als Haupttriebkraft der bayerischen Reaktion und der bayerischen Separationsbestrebungen. Der Inhalt seiner „Kundgebung“ stellt ihn in die Reihe der Feinde des deutschen Freistaates, in die Reihe jener, die seit dem Bestehen der Weimarer Verfassung gegen diese Sturm laufen, sie beschimpfen und verächtlich machen. Die Kundgebung hat den Prinzen in einen schroffen Gegensatz zu großen Teilen nicht allein der sozialistischen Bevölkerung gestellt, und in die politische Entwicklung unseres Landes ein Moment schwerster Beunruhigung getragen. Von den Rahrns und Boehners und Boths wußte man es ja ganz genau, daß sie sich als Wächter und Schrittmacher des Rückschritts betrachteten, Kronprinz Rupprecht hat sich aber bis jetzt in schlauer Berechnung zurückgehalten, im Gegenteil immer den liberalen Mann markiert und in der Öffentlichkeit sogar versucht, den Mann herauszutreten, der für den Verständigungsfrieden und den Klassenausgleich gekämpft habe und gegen die Wilhelminische Ära unterlegen sei.

Die Kundgebung „eingetreten in die Rechte meines Vaters“ zeigt aber deutlich die Lügenhaftigkeit dieser Taktik. Wer den ehemaligen Prinzen hinter dem Leichenwagen seines Vaters hat einherstreiten sehen, mit der Pose eines „Wilhelm“ die Blicke des Publikums zu Boden zwingend, dem war klar geworden, daß hier ein Mann sich der Öffentlichkeit wieder vorstellt, der politisch nur scheintot war, der aber die treibende Kraft hinter den Querköpfen eines Rahr und Boehner gewesen ist. Mit Recht hat daher die demokratische und sozialistische Presse die Anmaßung dieses Erlaszes zurückgewiesen. Die sozialdemokratischen Parteien Bayerns haben sich veranlaßt, gegen diese neuerliche monarchistische Hochflut in Massenversammlungen Protest zu erheben. Die hierzu auffordernden Plakate wurden von dem nationalistischen Pöbel systematisch in sämtlichen Stadtteilen heruntergerissen. Wie sehr dabei die „republikanisch“ erzogene Reichswehr mitgewirkt hat, beweist die Tatsache, daß diese in den Plakatresten vorhanden waren, die deutlich auf den Gebrauch von Seitengewehren hinwiesen. Trotzdem war der Besuch der Protestkundgebungen ein überwältigender, trotz der Verhöhnung durch die bürgerliche Presse, von der die „Mugsburger Abendzeitung“ schreibt: „Sie leben im Angstzustande um das Weiterleben ihres Schmerzenskinds, der deutschen Republik.“ Die drei großen Versammlungen gegen die Monarchie und für die Republik boten demnach ein würdiges Gegenstück wahren Volksempfindens gegenüber der künstlichen Theatermacher der Besetzungsfeste. Vor allem das Auftreten unserer Tiroler Genossen stärkte den Willen zur Erhaltung des im Süden Deutschlands nirgends so sehr wie anderwärts bedrohten republikanischen Gedankens.

Genosse Repolier, der Innsbrucker Bürgermeister, führte unter stürmlichem Beifall aus: Wir Tiroler haben nichts übrig für die Leute, die die Geschichte revidieren wollen! Einen Anstoß an die Rahr-Boehner oder Wittelsbacher-Bayern wünschen wir nicht! Wir Tiroler Arbeiter haben uns unseren Anteil an den aus Bayern zu uns herübergeschmuggelten Waffen wohl zu verschaffen gewünscht! Darum haben wir es nicht notwendig, uns zu fürchten, und werden an der Seite unserer bayerischen Genossen stehen, wenn sie unser beürfen! Ein Anstoß an die bayerische Reaktion ist heute in Tirol ebenso unmöglich wie im Jahre 1819 ein Unterwerfen unter Wittelsbacher Könige von Frankreichs Gnaden! Wir wollen lediglich einen Anstoß an die große deutsche Republik und die Herstellung der deutschen Einheit.

Genosse Hiram (Innsbruck) drückte sich ähnlich aus: Wir haben unseren Karl vorige Woche nur dadurch vom Land ferngehalten, daß unsere Arbeiterbataillone geschlossen aufmarschiert sind! Wenn wir zu euch kommen, dann bringen wir eines mit: eine lebensfrohe Arbeiterklasse voll revolutionären Geistes, antimilitaristisch, antimonarchistisch, gewillt, den deutschen Volksstaat mit auszubauen!

So findet der monarchistische Generalappell in München seinen Ausklang in dem Gelächris der bayerischen und Tiroler Arbeiterschaft, festzuhalten an dem höchsten Gut der Revolution, dem großdeutschen Volksstaat.

Rückschlag am Devisenmarkt.

Infolge der Ankündigung eines Gesetzes über den Verkehr mit den Devisen und Noten ist aus den Hamsterkästen massenhaft Material an ausländischen Zahlungsmitteln auf den Markt gekommen. Anscheinend befürchtet man, mit den Steuerbehörden in Konflikt zu geraten. Infolgedessen legte heute an der Berliner Börse ein starkes Angebot, besonders der Dollarnoten, ein. Viele hatten gestern Abend einen Stand von 330 erreicht, heute schwächte sich der Kurs ab bis auf 247. Der amtliche Kurs stellt sich für Newyork auf 253, London 982,05.

Bis 35 Mark für ein Pfund Margarine.

Berlin, 10. November.

Der Margarineverband E. B. teilt mit: Da die Margarineindustrie ihre Rohstoffe mit Auslandsdevisen bezahlen muß, hat sie sich gezwungen gesehen, eine weitere Erhöhung ihrer Verkaufspreise vorzunehmen, so daß sich die marktängigen Sorten auf eine Basis von 31 bis 35 Mark für gefaltene Margarine für den Kleinhändler stellen. Die Margarineindustrie ist mit der Regierung wegen einer Nachprüfung der kalkulatorischen Notwendigkeiten durch das Ernährungsministerium in Verbindung getreten.

Eupen und Malmedy.

Nach en, 10. November.

Nach einer Verfügung der belgischen Regierung dürfen an den nächsten Parlamentswahlen in Belgien nur solche Einwohner von Eupen und Malmedy teilnehmen, die vor dem 1. August 1914 in Belgien anwesend waren. Gleichzeitig sind in den Kreisen Eupen und Malmedy die belgischen Briefmarken eingeführt worden. Die deutschen Briefmarken sind nunmehr endgültig außer Kurs gesetzt.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 10. November.

Wähle . . . !

Wißt du ewig Sklave bleiben,
Weiter noch ins Elend treiben,
Lüßt dich nach neuer Knechtung,
Nach politischer Entrechtung,
Wißt du langsam untergehn —
Wähle Ruddlelmüddel-Behn.

Kannst du für keine Partei dich erwärmen,
Magst du getroßt für den „Bürgerbund“ schwärmen;
Görnst du den Wölfen im Schafspelz 'nen Sitz, —
Dann mußt du stimmen für Zieseniß.

Stehen höher dir indessen
Eigennützig'ge Interessen,
Gibt des Ganzen Wohl dir niedrig —
Wähle dann die Liste Dietrich.

Merorten
Sind in Worten
Die von Moskaus Gnaden groß
Die Geschäfte
Dunkler Kräfte
Sißt du fördern, wählst du Kob.

Wißt die Republik du führen,
Dem gesunden Fortschritt nützlich
Und dem a l l e m einen Wohle,
Dann heft'ge die Parole
Jeder Wähl'rin, jedes Wählers:

Wählt die Liste Gustav Ehlers!

D. l. o.

Wie sie waren und wie sie sein werden!

Die 1887er Arbeitervereinigungen aus Be-
kämpfung der Sozialdemokratie, in der sich alle Ele-
mente zusammengesunden haben, deren Bestrebungen von jeher
auf die

Entwöhnung des Volkes

hinausweisen, schüttet jetzt in hiden, von geldschweren Kapitalisten
bezogenen Anrufen und Inzeraten das Füllhorn ihrer
Versprechungen über die Wähler aus. Wie das bekannte
Wort aus der Fremde will sie jedem eine Gabe bringen. Aus
dem Jammerlall unseres Elends will sie ein Paradies entstehen
lassen, in das alle eingehen sollen, die der Liste Behn ihre
Stimme geben.

Da erachtet sich denn doch wohl mancher an jene noch nicht
sehr fern liegende Zeit, als die antisozialistische Behn-
Kompanie infolge des von ihr sorgfältig ausgetüchteten
Wahlrechts das Wort in Lübeck hielt und

ohne Rücksicht auf die breiten schaffenden Schichten
des Volkes tun und lassen konnte, was sie wollte.

Im Wahlrecht war sich genug und reiche Leute, die nach
ihrem Vermögen noch gern etwas mehr zu den Staatslasten
hätten beitragen können, waren in stattlicher Zahl vorhanden.
Daher war also die passende Gelegenheit für die heute in den
„Rechtlichen Angelegenheiten“ unangenehmsten Leute, zu
zeigen, was sie für die Wähler übrig hatten. Man hört heute
davon nichts in ihren Wahlaufrufen.

Da sie es aneinander vergessen haben, so werden sie uns
hoffentlich besser dankbar sein, wenn wir kurz etliche Erinne-
rungen daran aufrufen. Sie hatten nämlich nichts für die
Wähler übrig.

Alle Wünsche auf Schaffung eines die Gleichberech-
tigung der Staatsbürger fordernden Wahlrechts wurden
in die Wollschicht geworfen.

Den Armen bestrafte man mit Verlust des
Wahlrechts.

Das Frauenwahlrecht wurde höhnisch abge-
lehnt.

Für Schulgesundheitspflege, für Kinder-
erziehung und -erhaltung hatte man nichts übrig.

Den notwendigen Bau von Schulhäusern
hintertrieb man mit den kleinlichsten Mitteln.
Wenn heute die Schulraumnot groß ist, so
sind dafür die Behn- und Bürgerbunds-
leute in erster Linie verantwortlich, die neben
der Kirchturnspolizei von engsten Gesichtspunkten geleitete
Stadtschule, Stagen- und Mähepolizei betrieben, unter
der das Gemeinwohl leiden mußte.

Die alldeutsche Kriegspolitik, die so schweres Un-
heil über Deutschland brachte, fand bei den vereinigten Bürger-
lichen Parteien in der Bürgerliste laute Unterstützung.

Dagegen stäubte man sich noch Kräften, einen paritätischen
Arbeitsnachweis an Stelle der zahlreichen Maß-
regelungsbureaus zu errichten. Wenn das schließlich doch geschah,
dann nur, weil man dem Drängen der Sozialdemokratie auf die
Dauer nicht zu widerstehen vermochte.

Nach jeder sozialen Maßnahme und Forderung fand den
Widerstand oder mindestens die lebhaftesten Beden-
ken der jetzt „vereinigten bürgerlichen Parteien“.

Auf deren Anrede ist keine staatliche soziale Einrichtung
geschaffen worden.

Sie zogen es vor, alles der privaten Wohltätigkeit zu über-
lassen, in der sie unbeschwerd nach Gutdünken schalteten und
wollteten. Man wollte Wohlthäter der Menschheit sein, aber kein
Recht auf soziale Fürsorge gelten lassen.

Die einfachsten parlamentarischen Gesell-
schaften, die überall gelobt wurden, traten in
Lübeck die Behn-Leute mit Füßen. So wurde
kein Sozialdemokrat in das Präsidium der Bürgerliste
gewählt; von den Behörden und sogar den
meisten Bürgerlichkeitskommissionen wur-
den sie ausgeschlossen. Von „Arbeitsgemeinschaften“
wollte man nichts wissen, solange man Alleinherrscher
sein konnte.

Mit Meilen wenigen auf Tatsachen beruhenden Beispielen
mag es sein Bewenden haben. Sie beweisen deutlich, wie wenig
die bürgerlichen Parteien, als sie noch die Macht in Händen
hatten, sich um die Interessen der Allgemeinheit kümmerten.

Sie dachten nur an sich und was ihnen nützlich erschien.

Solche Zustände möchten sie gern wieder her-
beiführen. Das Gerede vom „Aufstieg durch sachliche Arbeit
vereinter schaffender Kräfte der Vaterstadt Lübeck“ ist nichts als
blauer Dunst, der die Wächter auf die mehr oder weniger
schnelle Wiederherstellung der früheren Verrechtlichung der Be-
stehenden gegenüber den Schaffenden verdunkeln soll.

Die diesjährigen Bürgerlistwahlen finden in einer Zeit
statt, da die Not der Arbeiter, Angestellten, Be-
amten und kleinen Handwerker infolge wucherischer
Preissteigerung ins Riesengroße wächst. Die Leute, die aus
solchem Saluts-Elend für sich Nischenprostitute schöpfen, sitzen nicht
in der sozialdemokratischen Partei, sondern in den Reihen
ihrer Gegner. Darum ist es schwer, sie zu fassen.

Wer jedoch die Liste der „vereinigten bürgerlichen
Parteien“ unterstützt, der sorgt mit dafür, daß die Aus-
beutung- und Auswucherungsfreiheit noch schrankenloser,
als bisher schon, ausgeübt wird.

Wer die Sicherung der Volksfreiheiten will, wer für den
Wohlbau der sozialen Einrichtungen eintritt, wer den Wucher und
die Ausbeutung bekämpft, der muß am 13. November seine
Stimme geben

Der Liste Gustav Ehlers!

Die Revolutionsfeier im Gewerkschaftshaus

am Mittwochabend verlief aufs glänzendste. Der große Saal
war gedrängt voll und alles in schönster und hoffnungsvoller
Stimmung. Den musikalischen Teil bestritt die Kapelle Su-
lanka. Der Chorverein brachte hübsche Lieder wirkungs-
voll zum Vortrag und erntete dafür lebhaften Beifall. Glühend-
lich zu Herzen ging der von Herrn Seidmann vorgetragene
Prolog: Nun hebt das Haupt. Als Gäste wirkten ferner vom
Stadttheater mit Fräulein Friedhoff und Herr Liszewski,
deren Darbietungen von Herrn Kapellmeister Stökel begleitet
wurden. Ihre Gaben wurden mit großem Beifall gewürdigt.
Genosse Stelling, der alte Freund der Lübecker Arbeiter-
schaft, sprach über den 9. November, erjüdete an die rechtlosen
Zustände im alten Obristenstaat, den zwar langsamen aber
sicheren Aufbau der deutschen Republik, deren einzelne Träger
die sozialistischen Parteien sind. Eindringlich machte Genosse
Stelling die Arbeiterchaft vor den Machinationen der Reaktion
hübsch und klündlich auf der Hut zu sein. Von der Lübecker Ar-
beiterschaft hege er die feste Zuversicht, daß sie am Sonntag bei
der Bürgerlistwahl ihren alten Kampfeifer bewähren und den
Gegnern beweisen, daß die Zeiten ehemaliger Knechtschaft nie
immer nahe seien. Der rauschende Beifall, in Treuen gesendet,
gab Gewähr dafür, daß sich die Genossinnen und Genossen der
höhen Bedeutung des kommenden Wahltages wohl bewußt sind.
Die erste Feier verlief aufs allerbeste.

Jungfer Birchen und die Junggefallen.

Nomane von Alice Berend.

Schluß. (Nachdruck verboten.)
XXXIV
Glockengeläut verriet, daß es Sonntag war.
Saphir sah aufrecht in den Ritten. Er sah über den See
den See, das hübsche Land. Fruchtbaum stand neben Frucht-
baum. Die Sonne erfüllte wieder geliebte Plätze.
Auch für den Urat gibt es keinen Feiertag. Dr. Richter war
es, der Anton zu sehen erwartete, als er jetzt die Hand der einen
Klopfenden öffnete, während Jungfer Pauline das Glocken-
geläut zur Kirche gelockt.
Er stand einem Fremden gegenüber. Ein schwarzer, lang-
schöpfiger Kopf erinnerte an Unangenehmes. An Hochzeiten und
Beerdigungen.
Der Fremde stellte sich als Verwandter Jungfer Birchens
dar. Anselm Rüdterich, Schuhmacher und Lotenrabe.
Im Zimmer ließ er sich sofort in einen Polsterstuhl nieder.
Die langen Rockschöße hatte er auseinandergefaltet wie ein
fliegendes Flügelpaar.
Herr Anton schwieg.
Sein Besuch sagte, daß eigentlich nicht er hier sitze. Sondern
seine Frau. Die sich besonders für die Einzelheiten des Sa-
bens interessierte.
Der lange, magere Herr ihm gegenüber erwiderte nichts.
Herr Rüdterich wartete eine Weile. Dann sagte er, daß
überall im Leben allerhand sich ereigne. Er wundere sich nur, daß
alles auf den gleichen Schluß hinauslaufe. Die es nicht
hätten, läßt alle vornehm und gelassen aus. Gleichwohl, ob in
schwerer Eiche oder billigem Lannenholz.
Jetzt knarrte etwas ihm gegenüber.
Herr Anton gab kund, daß er bisher für solche Betrachtun-
gen weder Zeit noch Gelegenheit gehabt. Dies auch nicht bean-
spruchte.
Herr Rüdterich verstand, daß er auf das Karmelein dieses
Stiefels kommen müsse. Er berichtete, daß Jungfer Birchen eine
entfernte Nichte wäre. Er zählte an den Fingern eine weit ver-
weigte Verwandtschaft auf. Sie reichte weiter, als manches
Herrschershaus. Darin befand er sich und sagte, er wäre jedoch
auch noch aus anderen Gründen gekommen.
Herr Anton hielt abwartend.
Herr Rüdterich streckte überlegend einen Zeigefinger in seine
blühende Nase.
Während dieses langen Schweigens klopfte es draußen auf
den Fensterrahmen.
Herr Rüdterich hat Herrn Anton, sich in nichts fällen zu
lassen. Er könne warten.
Jungfer Pauline, Rosenkranz und Gebetsbuch noch in der
Hand, ließ einen großen, breitschultrigen Herrn herein. Er hat
Herrn Anton sofort herzlich die Hand

Herr Anton sah etwas blaß um die Nase aus, als er sagte,
daß die Frauen vornehmlich Verwandte wären.
Der Rüdterichmann lächelte bedäunend. Er fragte, ob ihn
Genosse nicht mehr erinnere.
Anton bewachte sich. Kam aber nur zu dem Resultat, daß
solch Nichteint nicht zu finden wäre. Er war auf wieder einen
neuen Rufus gefaßt. In diesem Augenblick hätte er eigne Ver-
wandtschaft einem Familienmitglied Jungfer Birchens vorge-
tragen.
Der andere schätzte darauf, Herrn Mögels raten zu lassen,
wer er sein könne.
Herr Anton erwiderte schwach, daß er sich nie mit Nichte-
renten beschäftige.
Rüdterich sah sich vor große Breite als der Kammerherr Gebe-
recht Sternbühl zu erkennen.
Er hat um eine diskrete Unterredung.
Herr Anton hatte nichts dagegen. Herrn Rüdterich zu ent-
lassen, das war es, was er bei Herrn Sternbühl um ein kleines
Dankbrot handeln sollte.
Doch Herr Rüdterich erklärte, im Nebenzimmer warten zu
müssen.
Als er das Zimmer verließ, sagte Herr Sternbühl, daß er
genauso sei, wie durch den Herrn zu fahren. Er wolle also
gleich gehen, daß er Jungfer Birchens wenen hier sei.
Herr Anton erwiderte sich verhört zu haben. Er schwieg.
Herr Sternbühl räusperte sich. Er sagte, Jungfer Birchen
hätte ihm geschrieben. Sie habe ihm alles verziehen.
Anton nahm an, daß es sich um eine Veranschaulichung des
Herrn Sternbühl bei der Kammerführung handle. Er bewunderte,
daß sie Tante Birchens Pöbelstreue noch auf dem Krankenbett
damit beschäftige.
Rüdterich hatte sich Sternbühl anzuwenden zu sehen, daß
es sich um keine Veranschaulichung handelte. Sondern um eine
Privatangelegenheit. Rüdterich erklärte er diese Privatangelegen-
heit. Er sagte, jeder Nichteint müsse einmal eine Dummeheit
machen. Genossin gerate keine Idee nicht. Er fände nämlich nicht
war der Herr. Dr. Herr Mögels der Name Kammerherr gefalle.
Es war die Angelegenheit, in denen Herr Anton nicht ganz
zu Hause war.
Aber er hat Herrn Sternbühl eine Piarre erster Güte an.
Er sagte, daß niemand gegen Jertum reiste.
Herr Sternbühl sah es auf, wie sich Herr Anton jetzt
ausließ.
Er machte ihm ein Kompliment darüber. Bei sich sagte er
sich, daß er bei langen, bösen Herrn noch nie einen so freund-
lich gegen ihn sein konnte. Er hatte Glück, der Beherrschte
genauso. Er kam zu gleicher Stunde gekommen. Er sagte
nun sich nicht mehr zu sehen, daß ihn Jungfer Birchen nur eins
bedenken sollte. Die Nichteint zu ihren Herren zu bringen.
Doch der große Herr hat sie ergriffen.
Herr Anton erwiderte, daß Sternbühl bei seinem Danks
kommen sei.

Herr Sternbühl erlaubte sich, seine Bitte dringend ans Herz
zu legen. Man möchte doch mit gutem Gewissen vor den Trau-
alter treten können . . .
In den nächsten Tagen begegneten sich die Brüder Mögels
mit besonderer Ehrerbietung. Jertum ist menschlich. Jertum ein-
sehen können, göttlich . . .
XXXV
Alles geht im Kreis. Wir kommen, wie wir gehen.
Eines Morgens war es wieder Jungfer Birchen, die im
Haus Mögels den Staub des vergangenen Tages in die neue
Helle schüttelte.
Man hielt es gegenständig für überflüssig, unübliche Worte zu
machen.
Anton sagte: „Sie wissen ja Bescheid.“
Birchen erwiderte: „Nemlich, das weiß ich.“
Auch in den einfachsten Worten kann Feierlichkeit liegen.
Am Abend hies Saphir wieder das erstmal die Flöte.
Wolfgang und Josef kam mit zwei Klacken besten Weins.
Frau Silvana hatte ihm versprochen, nie wieder von ihm
fortzugehen. Er aber war der Ansicht, daß man gerade, wenn
die Ehe Rotina ansetzen wollte, nicht von guten Gewohnheiten
abgehen sollte.
Damit setzte er die Flaschen auf den Tisch.
„Kathinka; o Kathinka, wie ist das Leben schön!“
Des Schulmeisters weißer Kopf steckte sich durchs geöffnete
Fenster. Der Alte hatte auf seinem Abendgang die Flöte gehört.
Er wollte einen Blickwink ins Zimmer lächeln.
Anton begleitete ihn heim. Kam alles wieder in Ordnung,
zog er es vor, wieder spazieren zu gehen während des Füllens
spiels.
Das Nachbarhaus war wieder verschlossen. Nur der Blumen-
kasten des Gartens erweckte daran, daß es inzwischen anders ge-
wesen.
Der Schulmeister sprach von dem jungen Paar. Das mit
Herrn von Mörs auf das Landgut gefahren war. Und damit
kam der Alte natürlich wieder auf die Gefühle des Herzens. An
diesem warmen Sommerabend. Der für einen Hochbejahrten ein
doppelt köstlich Gefühl.
Er gedachte, daß auch über der Wüste Sterne stehen. Wollte
damit sagen, daß wohl jeder mit allen Zufälligkeiten geboren.
Aber man sollte sich kein Schicksal nicht. Man erliege ihm
Man hat in der Jugend zu viel Angst vor dem Leben. Möchte
mancher im Alter mehr sein, als er geworden. Könne aber nie-
mand ein andres Schicksal haben als das eigene. Sich das zu
sagen, gäbe Ruhe, Zufriedenheit. Und Nachsicht. Ob nun äußere
Umstände ergäbe's sich, daß jeder allein. Zum unverletzlichen Ich
Herr von Mörs. Und das wäre wahrhaftig das Beste an dem
ganzen Spiel.
Anton wunderte sich, daß es der glückliche Schulmeister war,
der so sprach. Wer denn daß er es sich hätte erklären können, es
bedürfte ihn angenommen . . .

Zur Bürgerschaftswahl November 1921.

(Von einem alten Lübeder.)

Das es das naturgemäße Bestreben der bürgerlichen Parteien sein muß, die sozialdemokratische Mehrheit im Parlament des Reichstages zu entfernen, darf niemand aufregen. Es kann für sie eine günstigere Wahlperiode kaum geben, zumal in einer Zeit, in der es leicht ist, großen, denkfaulen Bevölkerungsgruppen eine andere politische Sinnesrichtung zu suggerieren mit dem feinen berechneten Hinweis, daß auch die sozialdemokratische Parteilichkeit die schwere Not der Zeit nicht habe verhindern können.

Aber die angeblich einigen bürgerlichen Parteien Lübedes gehen energischer vor. Sie sagen: Die Sozialdemokratie ist das Grundübel — ihre Bekämpfung ist deshalb staatsverhaltende Pflicht! — Unter diesen Parteien, die dieses Urteil durch Flugblätter unter die Menge bringen, muß sein unterschieden werden, Deutschnationalen von diesem Urteil unter allen Umständen stehen; deutsche Volksparteier werden mit sich handeln lassen; Demokraten aber, die mit der Sozialdemokratie ehemals die Verhinderung der deutschen Reichseinheit verhinđerten, sollten sich, behängt mit jenem Urteil, nicht mehr im öffentlichen Leben Lübedes bilden lassen; und das Zentrum? es war, ist und wird bleiben der an Schlägen kundigste Gegner der Sozialdemokratie, mit dem sich große, prinzipielle Auseinandersetzungen im Reich vorzubereiten beginnen. Es müßte der Sozialdemokratie ein ganz besonderes Vergnügen sein, durch eine beartigte, auf kulturellen Bereich gegründete Parteigruppierung beurteilt zu werden. Da jedoch die Fähigkeit des kritischen Denkens bis tief hinein in unsere intellektuellen Kreise eine starke Minderung erfährt, werden wir unsere Bemühungen, die objektive Wahrheit zu finden, mit folgenden Untersuchungen öffentlich fortsetzen. —

Während der Bürgerschaftswahlen des letzten Jahrzehnts vor Kriegsausbruch war dem Hanseatengeist jede Möglichkeit genommen, sich selbständig zu betätigen. Die mittlere Beamtenschaft Lübedes hatte es verstanden, ganz allmählich und ganz im Stillen eine Wahlorganisation zu schaffen, die nicht nur mit unerhörter Kühnheit, sondern unter Anwendung schärfster diktatorischer Mittel vorging. Diese Beamtenschaftsorganisation hatte keine ausgeprägten politische Färbungen, jedenfalls fand sie weit ab des sozialdemokratischen Lagers. Ihre Machtpositionen waren gut verteilt über die Berufsvereine und geschickt zusammengefaßt im Beamtenschaftsverein. Diese Beamtenschaftsorganisation war Träger aller Bürgerschaftsmittel, die den intellektuell arbeitenden Ständen erstamten. Es würde leicht sein, die Namen derjenigen, im unentwegten Hanseatengeist sich bildenden Männer zu nennen, die dieser Beamtenschaftsorganisation eine sehr untertänige Verbeugung machten, um auf das Sprungbrett der Bürgerschaft gestellt zu werden. Die Zahl der Bürgerschaftsmandate, die damals der Kaufmannschaft, dem Handwerk und der Industrie zugewilligen waren, wurden bestimmt durch das Ergebnis von Verhandlungen mit dieser geheim arbeitenden Beamtenschaftsorganisation. Damals hätten die vom Hanseatengeist beherrschten Patrioten ersten und zweiten Grades: „Der Staat ist in der Hand seiner Beamten!“ Und in der Tat, der Lübeder Freiheit wurde in hohem Grade und bis in höchste Regierungskreise in seinen Regierungsmahnahmen, in der Zusammenfassung seines Parlamentis und seiner regierenden Körperschaften beeinflußt durch diesen aus der eigenen Beamtenschaft kommenden Druck. Dieser Druck war absolut! Wer ihm nicht folgte, der wurde befeitigt. Es sei erinnert an den Sturz Prof. Dr. Baehdes, Dr. Overkühns u. a. Viele Unterdrückung anderer Wahlorganisation wurde von Männern, die sich im öffentlichen Leben aus irgend einem tieferliegenden Grunde zu betätigen wünschten, mit viel Geißel benutzt. Ich erinnere an die Zeit, in der Emanuel Fehling — der jüngere Bruder des Hamburger Sozialisten Wolfgang Fehling — die Wahlorganisation der Lübeder Beamten für die Ideen seiner Familie nutzbar zu machen suchte. Ueberhaupt spielte in dem jahrelang auf- und absteigenden Kampf zwischen der Gruppe Fehling und der Gruppe Eichenburg keineswegs das Wohl des Staates in erster Linie die Hauptrolle, sondern im Vordergrund stand das äußere und innere Wohl der Sippe. Die Gruppe Eichenburg, in der Wahl der Mittel, sich in den öffentlichen Angelegenheiten führend zu erheben, vornehmer als die Gruppe Fehling, konnte lange Zeit darauf verzichten, in das Halbdunkel der vorrevolutionären Bürgerschaftswahlmasse hinabzusteigen. Als dort aber Emanuel Fehling an kommunalpolitischen Stammes des Kulmbacher Bierhanfes wählend präbidierte, da gab die Gruppe Eichenburg ihre traditionelle Stiefelhaftigkeit auf und begann, mit den wahlstrebenden Konventikeln zu verhandeln. In die sich im Laufe der Jahre bildende Verhandlungsschleife fiel nach und nach ein im Arbeitszimmer Dr. Wittersnons entstandener Sprengstoff unbestimmter Qualität. Nach dem Abblowen der Sprengstoffwolken sah man, daß der vornehmste Bannträger der Gruppe Fehling, der Rechtsanwalt Emanuel Fehling auf der Stredie geblieben war. Der zwei Jahre später ausbrechende Krieg gab keine Gelegenheit, an der Veredelung des Halbdunkels weiterzuarbeiten, in dem die Vorarbeiten für die vorrevolutionären Bürgerschaftswahlen entstanden. Aber bevor wir die Schleier noch ein wenig weiter lüften — und die Kundigen werden fühlen, daß wir dazu imstande sind — wollen wir feststellen:

Die Bürgerschaftswahlen der vorrevolutionären Zeit wurden geleitet und bestimmt nicht von dem ungesunden Blick auf das Wohl des Staates, sondern von nachher fruchtloser Interessen- und Personenpolitik.

von der bewußt tätigen Absicht, durch die Ausübung eines Bürgerschaftsmandats sich persönliche und gesellschaftliche Vorteile zu sichern.

Die Furcht vor der öffentlichen Kontrolle war das einzige Hemmnis, diese Entwicklung nicht ausführen zu lassen. Sollen wir die Namen der Männer aus den Reichspostsekretariaten, aus den Regierungskanzleien, aus den Reichspostsekretariaten, aus den Reichsanwaltschaften, aus den Konsulaten und Küsternämtern hervorheben, die damals an der Demokratisierung unseres staatslichen Lebens mitwirkten? Die Sozialdemokratie stand gefesselt abseits, und ihre Männer saßen mit Ekel in diesen bürgerlichen Wahlsumpf.

Damals gab es keine Herrschaft der Parteien in der Lübeder Kommunalpolitik, damals herrschten bei uns Eigenräberei und Eigennutz der Stände, herrschte der Terror einer militärischen Beamtenschaft. Die am Orte führenden Persönlichkeiten der heute in den Wahlsumpf tretenden bürgerlichen Parteien standen jenen Verhältnissen nicht fern!

Aus dem älteren kommunalpolitischen Sumpf Lübedes hat sich eine Stinkblase über Krieg und Revolution in unsere Tage gerettet:

Der Geist des Bürgerbundes!

Man darf allen männlichen und weiblichen Kommunalpolitikern, die sich in diesem Bürgerschaftswahlsumpf auf parteipolitischen Boden stellen, ein gewisses Keinschickungsgefühl attestieren. Eine parteipolitische Vorbereitung der Wahlvorgänge schließt jenes Bierhanfsabundant aus, in dem die Giftpilze der sogenannten neutralen Kommunalbestrebungen gedeihen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Männer, die sich heute als Mandatsträger des Bürgerbundes vorstellen, gar nicht wissen, daß sie nichts anderes sind als die Schachfiguren eines im Hintergrunde tätigen gewissen Spielers. Wir werden das näher erläutern müssen. Der „Lübeder General-Anzeiger“ verlor infolge der Umstellung der Bürgerschaftswahlbewegung auf politische Parteien nicht nur die Fühlung mit der wählenden Masse, sondern auch mit der Bürgerschaft und ihren Ausschüssen. Die Folge war, daß keine Kommunalpolitik, die in früheren Jahren nicht ganz ergebnislos war — nach welcher Richtung, ist zunächst gleichgültig — zu einem Teil in der Luft hing, zu einem anderen Teil mangels ausreichender Orientierung unmöglich war. Dieser Zustand ist für ein Lokalblatt, das wenigstens eine kommunalpolitische Bedeutung haben möchte, unerträglich. So entstand aus der verdienten Kritik des „General-Anzeigers“ die Initiative zur Gründung des Bürgerbundes. Das Ganze ist allzu nichts anderes als ein geschäftsmäßiger Trick. Gestimmt es, durch den Bürgerbund die Generalanzeigerer in größerer Zahl in die Bürgerschaft zu bringen, (Gang-ausschließen! Red.) dann hat dies von einem tiefen journalistischen Plagiatoren geleitete Blatt endlich wieder eine Stoßtruppe in dem „parteilich verurteilten“ Bürgerschaftssaal.

Diese Feststellungen können durch nichts erschüttert werden; sie bilden einen der dunkelsten Abschnitte der Lübeder Zeitungs-geschichte.

Kann frage sich einer, ob er ohne innere Ueberwindung einem Kandidaten aus dem Kreise der bürgerlichen Politiker oder Nicht-Politiker seine Stimme zu geben vermag, wenn er weiß oder sich in begründeter Form sagen lassen muß, daß heute hinter jeder dieser Gruppe nicht das Wohl des Staates, nicht das Wohl der Verbraucher, nicht das Wohl der Mieter während wirkt, sondern feinstberechnetes Eigeninteresse? Die Angriffe gegen die bisherige Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in der Bürgerschaft und der sozialdemokratischen Senatoren liegen mit dem Gelegten an einer Linie. Es ist allgemein bekannt, wie groß der Ernst und der staatsbürgerliche Verantwortungswille der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion während der ganzen Parlamentsarbeit war, wie hoch ihre kulturellen Gesichtspunkte standen, und wie sie, die Angriffe aus den eigenen Reihen nicht achtend, Opfer brachte, die von dort gebracht, doppelt schwer wiegen. Gewarnt aus ihren beauftragenden Kreisen, ihre Hand angesichts der Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nicht zu wirtschaftlichen Experimenten zu wagen, hat sie von Fall zu Fall sein abwägend Stellung genommen, wohl wissend, daß man ihre Mißerfolge um die Ohren geschlagen hätte. Es ist allgemein bekannt, wie groß die Hingabe ist, mit der sich die sozialdemokratischen Senatoren ihrer schwereren Amtspflichten unterzogen, und wie wichtig die Erlolge sind, die sie für die hemmungslose Fortführung der Staatsgeschäfte erreicht haben.

Nicht nur die Lübeder Arbeiterschaft, weibliche und männliche, nicht nur die früher völlig unvertretenen Privatangestellten, die Reichs- und Staatsbeamten, haben Veranlassung, einen Teil ihrer staatsbürgerlichen Dankbarkeit der sozialdemokratischen Partei durch die Wahl der Sitze „Gasthaus Eilers“ abzugeben, sondern auch die Intellektuellen unseres Staatsgebietes, denen durch die Wahlfreiheit sozialdemokratischer Männer am 6. November 1918 Betätigungsmöglichkeit und Arbeitsfrieden gesichert wurde. Damals, als die heute aufstehenden Führer des Bürgertums in epidemischer Schwachkopffheit hinter den herabgelassenen Jalousien ihrer Geschäfte- und Wohnhäuser verschanden. Seinrich von Hundienhorst.

Eine öffentliche Beamtensversammlung.

Die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten einberufen war, tagte am Dienstag abend in der „Flora“. Reichstagsabgeordneter Genosse Stein-Kopf-Bein sprach über „Berufsbeamtenum und Sozialdemokratie“. Er schilderte u. a. wie nach der Revolution die Beamten in Scharen zur Sozialdemokratie gekommen sind und zeigte klar und deutlich, welche Stellung diese Partei zum Berufsbeamtentum einnimmt. Während mancher höhere Beamte, der sich zur Sozialdemokratie durchgerungen hat, man auch jetzt zu ihr steht, schwanken die mittleren Beamten hin und her. Unsere Partei habe besonders seit der Revolution für die Rechte und Interessen der Beamten gekämpft die keine andere Partei. Ein Mißtrauen gegen sie sei völlig unbegründet. Wenn schon vor der Revolution die Sozialdemokratie stets für die politische Freiheit der Beamten eingetreten sei und besonders für bessere Existenzbedingungen der unteren Beamten gekämpft habe, so habe sie nach der Revolution die Interessen und die Rechte aller Beamten mit der gleichen Unerschrockenheit wahrgenommen. Die Schaffung eines Siche-rungs-Rechts als Koalitionsrecht, ferner auch die Sicherung der Stellung der Beamten sei vornehmlich das Werk unserer Partei. Sie trete auch mit aller Entschiedenheit ein für die lebenslängliche Anstellung, wie für die Ruhegehaltsberechtigung ein. Letzteres solle nicht, wie andere Gegner behaupteten, abgebaut, sondern verbessert und ausgebaut werden. Die Sicherung eines guten Lebens-niveaus für alle Beamten sei das Ziel der Sozialdemokratie. Der Kampf um die Bekämpfung unserer Vorrechte und um den Schutz der Sozialdemokratie im Parlament, wie für die Beamtensinteressen vertritt. Das Wiederbeschaffen der Beamtenrechte, die durch die Revolution, die Ein-führung in die Sozialdemokratie ein klein wenig verloren haben.

Partei erkämpft habe. Das neue Besoldungsge-setz sei ein Standaß, wofür aber keine Partei, sondern die Vertreter des Beamtensbundes verantwortlich wären. An die Spitze dieses Bundes müßten andere Führer gestellt werden. Wenn der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht würde, sie wolle die Pension beschneiden, so sei das zum Teil richtig. Sie wolle aber nur die Pensionen derjenigen Leute beschneiden, die Hunderttausende oder gar Millionen an Einkommen hätten. Hier solle gekürzt und den Bedürftigen die Bezüge aufgebessert werden. Es sei unverantwortlich, wenn reiche Männer wie Helfferich usw. ungeheure Pensionen einforderten und dabei stets auf die Republik hämpften. Vom Abbau des Berufsbeamtentums könne keine Rede sein. Das, was in dieser Sache bei der Post und bei der Eisenbahn vorgekommen sei, hätte die Deutsche Volkspartei zu verantworten. Sie war es, die an den Grund-sätzen des Beamtentums gerüttelt hat. Das kommende einheitliche Arbeitsrecht müsse auch auf die Be-amten ausgedehnt und besonders der Achtskurdentag und das Koalitionsrecht gesichert werden. Die Beamten verstanden der Sozialdemokratie viel. Nur dieser Partei könnten sie am 13. November ihre Stimme geben. Man solle sich nicht von nationalpolitischen Phrasen blenden lassen. Das Zerfallen der Kampfparteien sei nur ihr Geldbeutel, während für die Sozialdemokratie das ganze Volk das Vaterland bedeute. Das Streben der Kampfparteien gehe dahin, alle Vollen des Krieges und alle Steuern den armeren Volksschichten auf-zuerlegen. Das müsse sich jeder am 13. November vor Augen halten. Nur durch die Wahl der Sozialdemokratie könne man solche Pläne vereiteln und jene Herrschenden zur Vernunft zwin-gen. (Leb. Beifall.) Die Aussprache eröffnete der Kommunist Heilbronn, der das in letzter Zeit von allen Kommunisten gehörte Lied von einem lang. Dem hat zum ersten Male in dieser Wahl-zeitung ein Sozialist, Herr Gade auf den Platz für

seine Partei wäre es besser gewesen, wenn er geschwiegen hätte. Denn was dieser Herr von dem alten preussischen Staat, von dem alten Krhen mit dem Krüddel und von der schönen Malbilmachung erzählt, wird der Volkspartei keine Stimme einbringen. Genosse Dr. Wich beschloß sich hauptsächlich mit den Ausführungen des Vorredners. Er konnte treffend und unter dem Beifall der Versammelten nachweisen, daß die Volkspartei die Wünsche der Beamten in keiner Weise berücksichtigt hat. — Genosse Haut nahm sich besonders Heilbronn vor. In wirkungs-voller Weise rechnete er gründlich mit diesem Mostaufsteiger ab. Schlagend widerlegte er alles, was der Heilbronn gegen unsere Partei vorgebracht hatte. Auch Haut erntete stürmischen Beifall. — In seinem Schlusswort schenkte der Referent den beiden Geg-nern nichts und wandte sich dann vor allem an die Frauen, damit sie am Sonntag der Sozialdemokratie ihre Stimme geben. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Frost die kraftbesuchte Versammlung.

Die Kartoffelernte. Ueber den Stand der deutschen Kartoffel-ernte wird aus dem Reichsernährungsministerium geschrieben, daß nach den Berechnungen der Saatenstandskommission der bisherige Ertrag sich auf 26 818 000 Tonnen stellen dürfte gegen-über 28 248 000 Tonnen im Vorjahre. Für die Ernährung der Bevölkerung, soweit sie nicht Selbstversorger ist, werden also bei einer 6-Pfund-Ration in der Woche 5 1/2 Millionen Tonnen, bei einer 7-Pfund-Ration in der Woche 6 1/2 Millionen Tonnen ge-braucht werden. Als Saatkartoffeln kommen 6 Millionen Ton-nen in Frage, so daß mehr als die Hälfte der gesamten Erzeu-gung frei bleibt. Die Verwendung für gewerbliche Zwecke ist in diesem Jahre wegen der hohen Preise sehr gering. — Wie viele Millionen Mark Wucherer gewinne Erzeuger und Schieber eingestekt haben, darüber fehlen statistische Schätzungen.

Von der Schifffahrt. Ueberseeischer Passagier-verkehr. Der amerikanische Dampfer „Manolia“ traf mit 120 Passagieren erster und 140 Passagieren dritter Klasse von Neuport kommend in Hamburg ein. — In schwerem Wetter auf der Ostsee. Die deutsche Galtas „Gemma“, die mit einer Ladung Koks von Hamburg nach der Ostsee abging, hat in schwerem Wetter bei Arkona ihre sämtlichen Segel, Anker und Ketten verloren, sowie das Bugboot und den Ruderbaum ge-brochen. Das Schiff trieb hilflos umher und gab Notsignale. Der Hamburger Schleppdampfer „Gereules“ traf das Schiff an. Er schlepte es in Sagan ein. — Auf der Reise geitran-det. Der deutsche Segler „Falk“, der mit einer Ladung Steinen von Alborg nach Lübeck bestimmt war, ist in schwerem Wetter bei Stuppelung gestrandet. Von Altholm wurde ein Rettungs-boot nach dem Schiffe abgedandt. Die Beladung weigerte sich, das Schiff zu verlassen, da es dicht geladen ist. Nur ein Mann wurde durch die Rettungsmannschaft ans Land gebracht. Die übrigen drei Mann saßen darauf fünf Stunden in der Fackel-lage, da die Seen ständig über das Schiff hinweggingen. Nach späterer Meldung soll das Schiff angekommen sein. — Auf Strand getrieben. Das Motorboot „Möwe“, das mit einer Ladung Sprit nach Norwegen bestimmt war, ist bei schwerem Wetter südlich von Dragör gestrandet. Es ist bereits ein Bergungsdampfer nach der Strandungsstelle abgegangen. — Geborgene Leichter. Nach einer Meldung aus Warnemünde haben die Dampfer „Otto Joppen XXI“ und „Otto Joppen XXIII“ die Seelichter „R. W. 6“ und „R. W. 87“ auf der Ostsee treibend angetrossen und nach Warnemünde gebracht. Die beiden Leichter sind Eigentum der Deutschen Werke in Kiel, sie sind beide mit Getreide beladen.

Ein Bund der Kinderreichen, der bereits in Mittel- und Ost-deutschland gegründet ist, soll nunmehr auch in Lübed ins Leben gerufen werden. Es werden nur Eltern mit mindestens vier Witwen mit mindestens drei Kindern aufgenommen.

Aufgebrochene Gartenbuden. In den letzten Tagen sind auf den Kottenhauer Ländereien, links von der Chaussee nach Schönböden, eine ganze Anzahl Gartenbuden gewalttätig erbrochen worden. Anscheinend hat man nach Kleidungsstücken gesucht, da die Ackergeräte nicht mitgenommen wurden.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Am Freitag abend 7 Uhr findet im Rathaus eine Fraktionsitzung statt, bei der voll-zähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig ist.

Plattbüchse Volksgill. Sünndag nammeddag Klok 3 ward „Jürgen Pipers“, dat sköne Stik von Stavenhagen, dat bi de Uspöring an'n lehten Sünndag son'n groten Erfolg bröcht heit, noch mal geben.

Hanse-theater. Heute, Donnerstag: Wiederholung von „Der selbige Balduin“. Freitag, 3. Vorstellung im Freitag-Abon-nement: „Der Vetter aus Dingsda“. Sonnabend: noch-mals Aufführung der beliebten Operette „Ihre Sohneit — die Tänzerin“. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zum dritten und letzten Male zu ganz kleinen Preisen (1—6 Mk.): „Der Fro-sch-könig“.

Stadttheater. Am Freitag: „Siegfried“. Musikalische Leitung: Karl Mannsbaed. Gemische Leitung: Paul von Bon-gaardt. Träger der Hauptrollen: Frau Sennhenn-Beterien, Frau-lin Rehrbach, Herr Lisewski, Herr Schöttge, Herr Jummendorf. Für den erkrankten Herrn Uijt wird ein Gast den Siegfried singen. Sonnabend: „Der liebe Augustin“.

Küdnitz. Eine prächtig verlaufene Revolu-tionsfeier wurde Mittwoch abend in Dieckmanns Gasthof abgehalten. Genosse Dr. Heber-Lübed sprach über den Ge-burtsdag der Revolution und wies den Weg, den die Arbeiter-schaft bis zum völligen Sieg zu gehen hat. Seine zündende An-sprache wirkte auf die große Versammlung begeisternd. Die Kräftiger Genossen versprachen am Sonntag den letzten März zur Wahl für die sozialdemokratische Liste heranzuziehen. Für die neue Fahne wurden an diesem Abend 600 Mark gesammelt. In gemüthlichem und würdigem Beisammensein wurde die Feier beschlossen.

Travemünde. Die Revolutionsfeier wurde hier im Kolosseum abgehalten. Genosse Weich-Lübed hielt eine er-freuernde Rede.

Angrenzende Gebiete.

Stoddeisdorf. Revolutionsfeier. Der Sozialdemo-kratie Verein hatte am Mittwoch abend in Dietrichsens Gasthof eine Versammlung einberufen. Genosse Schulz-Lübed sprach über „Die Bedeutung des 9. November“ und eintete mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Die Arbeiterjugend führte darauf Reigentänze auf und trug mit sonstigen Vorsüh-rungen zur Unterhaltung der Erscheinenden bei.

Schwartau. Produktive Erwerbslosenfürsorge. In alle Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Beamtensorganisati-onen, sowie alle selbständigen Geschäftsinhaber und Handwerker des Amtsgerichtsbezirks Schwartau. Um den langfristigen und erwerbsbeschränkten Erwerbslosen zu helfen, wurde bekanntlich auch für den Amtsgerichtsbezirk Schwartau die Einführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschlossen. Der unterge-or-dnete Verwaltungsausschuss ersucht nun alle oben genannten Kreise, die Beiträge regelmäßig einzuzahlen, denn nur dann ist die Gewähr gegeben, daß den Arbeitslosen ausreichend Arbeit zugewiesen werden kann. Die freiwilligen Beiträge sind nach § 4 der Richtlinien wie folgt abzugeben: a) durch einen Beitrag

Der industriellen Arbeitgeber von je 1 Mark wöchentlich für je einen bei ihnen vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten einschließlich der Lehrlinge und weibl. Arbeitskräfte. b) durch einen freiwilligen Beitrag des Groß- und Kleinhandels einschli. Expedition, Versicherung, Handelsvertreter usw. von 1 Mark wöchentlich für jeden vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter einschließlich der Lehrlinge und weibl. Arbeitskräfte, Geschäfte ohne Arbeitnehmer zahlen einen Beitrag von 1 Mark pro Woche. c) durch einen freiwilligen Beitrag der selbständigen Handwerker von 1 Mark wöchentlich für jede bei ihnen beschäftigte Person, Handwerker, die ohne Gehilfen arbeiten, zahlen einen Beitrag von 1 Mark wöchentlich für ihre Person. d) durch einen freiwilligen Beitrag der Landwirte von 1,50 Mark wöchentlich für jede von ihnen vollbeschäftigte Person einschließlich der im Betrieb vollbeschäftigten schulentlassenen Familienangehörigen. Landwirte, die ohne Personal arbeiten, zahlen einen Beitrag von 1,50 Mark wöchentlich für ihre Person. Der Monatsbeitrag, der unter a-d genannter Arbeitgeber soll jedoch nicht niedriger als der Gesamtbetrag der monatlichen Beitragszahlungen ihrer Arbeitnehmer sein. e) durch einen freiwilligen Beitrag der gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen des Amtsbezirks Schwartau in Höhe von 1/2 Proz. der ausbezahlten Lohnsumme bis zu 300 Mark wöchentlich und 1 Proz. der 300 Mark übersteigenden Lohnsumme. f) durch einen freiwilligen Beitrag der Angestellten in Höhe von 1/2 Proz. der ausbezahlten Gehaltssumme bis zu 1400 Mark monatlich und 1 Proz. der 1400 Mark übersteigenden Gehaltssumme. Eine Beitragsleistung in demselben Prozentverhältnis zu ihrer Einkommenssumme wird von sämtlichen Lehrern, Beamten und allen übrigen Bevölkerungsklassen erwartet. g) durch einen Beitrag der Inhaber der freien und nicht genannten Berufe, dessen Höhe mit dem Verwaltungsausschuss zu vereinbaren ist. h) durch die nach dem Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge in der betreffenden Woche sonst zur Auszahlung gelangte Summe. i) durch einen Zuschuss des Staates und Landesverbandes. k) durch sonstige freiwillige Beiträge. — Die Einkünfte nimmt der Spar- und Vorschuß-Verein in Schwartau auf Konto „Produktive Erwerbslosenfürsorge“ entgegen. Nähere Auskunft erteilen die Gemeindevorsteher, der Arbeitsnachweis in Schwartau und die Mitglieder des Verwaltungsausschusses A. Kettelhorn, Schwartau, Lübecker Straße 28. Pfl. Buchhalter, Schwartau, Mühlener Straße 61. Pflsch, Gemeindevorsteher, Rönfeld, Th. Müll. Lagerhalter, Culliner Straße 1a, Otto Wulf, Zimmermeister, Schwartau, Lübecker Straße 5. Pflau, Zimmerer, Mühlentstraße 64. Kuhmann, Landwirts. Wohnsdorf, und Hah, Schwartau, Lübecker Straße 59. Der Verwaltungsausschuss.

Barrenstein. Zusammenstoß zwischen D. R. u. n. d. Fuhrwerk. Der D. R. u. n. d. R. u. n. d. hat am Montag bei der Station Schmollau, zwischen Lübeck und Barrenstein ein landwirtschaftliches Fuhrwerk überfahren. Eine Frau, ein Mann und das Pferd wurde getötet und der Wagen vollständig zerstört. Der Fahrer des Gespannes wurde durch den Anprall vom Wagen geschleudert, landete in einem Graben und erlitt nur leichtere Verletzungen. Wodurch das Unglück eingetreten ist, bedarf noch näherer Feststellung.

Wien. Butterversteigerungen. Im Reichstage, wo man über die die Gemüter bewegende Milchpreisfrage sprach, und wo von sozialdemokratischer Seite eine Ermäßigung des Milchpreises und Festsetzung des Butterpreises nach dem Milchpreis sowie Zwangsmaßnahmen gefordert wurden, teilte der Gutbesitzer Graf Rankau-Rastorf mit, in holländischen Städten würden große Mengen ungeschälte Butter zusammengebracht, die offenbar zur Ausführung nach dem Westen bestimmt seien. Diese Vermutung deckt sich mit der in einer Nachricht aus Rendsburg ausgesprochenen, daß ein Engros-Verband in Schleswig-holsteinischer Butter nach Westdeutschland, auch nach dem besetzten Gebiet, stattfindet.

Hamburg. Untergang eines Hamburger Seeleuchters. Der schwere Nordoststurm in der Ostsee hat am 6. ds. Mts. auch von der Hamburger Schiffsahrt ein Opfer gefordert. Der mit einer Ladung Eisenbahnmaterialien von Emden nach Petersburg im Schlepptau des Marineschleppers „Arbeit“ befindliche Hamburger Seeleuchter „Storegrund“ ging 20 Seemeilen von Dredlönd unter. Von der an Bord befindlichen 13 Personen starken Besatzung konnte nur ein Matrose gerettet werden. Auf dem Leichter befanden sich außerdem zwei Passagiere, und zwar der Gründer der Firma A. B. Wilkenfeld und ein Dolmetscher, die beide bei der Katastrophe ums Leben gekommen sind. — Fallsche F. i. n. a. b. e. a. m. t. Im Kontor der Geldverleihfirma Schulz & Co. erschienen zwei Männer, die sich als Beamte des Finanzamtes ausgaben. Sie hätten Auftrag, sämtliche vorhandenen Werte zu beschlagnahmen, weil die Firma Schulz ihr zu versteuerndes Einkommen zu gering angegeben habe. Der völlig überraschte Geschäftsinhaber ließ die Unbekannten gewähren und diese nahmen außer allen Geschäftsbüchern Wertpapiere in Höhe von 680 000 Mk. und 110 000 Mk. in bar mit sich. Mit der Bemerkung, daß man noch weiter vom Finanzamt hören werde, entfernten sich die angeblichen Beamten, die, wie sich später herausstellte, zwei raffinierte Gauner waren. — Die Wirtschaftshilfe für die hamburgischen Staatsarbeiter. Die Verhandlungen mit dem Senat über die Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Für den Monat Oktober erhalten die männlichen Arbeiter über 24 Jahre eine Beihilfe von 400 Mk., jugendliche und weibliche Arbeiter 237,60 bis 316,80 Mk. Die Kinderzulage wird auch für das zweite und dritte Kind gewährt.

Hamburg. Tödlicher Unfall. Auf dem Güterbahnhof der Lübeck-Büchener Bahn an der Sonnenstraße stieß der 47 Jahre alte Rangierer Viefelbeim beim Abstoppen zweier Wagen von seinem Stand ab und kam zwischen zwei Wagen. Dem Unglücklichen wurden hierbei beide Oberschenkel zwischen den Buffeten der beiden Wagen eingeklemmt. Er starb bald darauf.

Schwernin. Ein Wucheramt für Mecklenburg-Schwernin. Um der Wuchererei mit lebenswichtigen Gegenständen, zuletzt insbesondere mit Kartoffeln auf politischem Wege entgegenzutreten, haben das Ministerium des Innern und das Justizministerium für das Land Mecklenburg-Schwernin ein Wucheramt errichtet, das seinen Sitz zu Schwernin im Justizgebäude erhalten hat. Die Polizeibehörden des Landes haben dem Wucheramt alle Fälle von Wuchererei zuzuleiten. Die Mitglieder des Wucheramtes sind zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaften des Landes bestellt.

Aus aller Welt.

Neue Morbtaten in Berlin. Ein entsetzliches Verbrechen hat sich in dem Hauke Liniensstraße 195a abgespielt. Der 19 Jahre alte Arbeiter Franz Cagadi hat dort in Gemeinschaft mit seiner Geliebten, einer 17 Jahre alten Gertrud Juba verhaftet, keine 47 Jahre alte Mutter umzubringen. Der Buchse schlug die Mutter mit einem Beile nieder, öffnete der sich Wehrenden die Pulsadern und warf sie, da er sie für tot hielt, in Gemeinschaft mit seiner Geliebten ins Bett. Darauf kauften sie Kucher und tranken gemütlich mit einem Freunde in der Wohnung Kaffee. Inzwischen aber hatte die schwerverletzte Mutter die Bestimmung wiedererlangt. Unter Aufsicht ihrer letzten Kräfte befreite sie sich und schleppte sich aus Fenster. Von diesem aus rief sie, ohne daß die anderen in der Wohnung etwas merkten, um Hilfe. Polizeibeamte nahmen daraufhin den Sohn, die Geliebte und den Freund fest. Die Schwerverletzte wurde durch einen Arzt verbunden und dann nach dem Schwerekrankenhaus gebracht. Es ist noch sehr fraglich, ob sie mit dem Leben davonkommen wird. Der Mörder und seine Geliebte wurden in Haft genommen. Beide

sind geständig. Ein Verbrechen, dem ein Mädchen zum Opfer fiel, wird aus Glasow bei Mahlow, Kreis Teltow, gemeldet. Der dortige Lehrer Kirchhof unterhielt ein Liebesverhältnis mit einer 28 Jahre alten Minna Reittig, deren Eltern ebenfalls im Orte wohnten. Der Lehrer erschien nun bei den Angehörigen des Mädchens und teilte diesen mit, daß die Tochter tot im Schulzimmer liege. Nachdem sie festgesetzt hatten, daß die Tochter tatsächlich tot im Schulzimmer lag, schlüßelte der Lehrer aus dem Orte. Vorher hatte er die Gasöhne geöffnet, vermutlich, um eine Vergiftung vorzutäuschen. Ein hinzugerufener Arzt vermochte die Todesursache nicht festzustellen.

Von einem Schwein zu Tode gebissen. In Schlaa (Ober-Oesterreich), lag das 5 Wochen alte Knäblein der Dienstmagd Ketter allein in der Wohnstube auf dem Sofa. Ein Schwein trotzte zur Tür herein und biß dem Kind beide Hände beim Handgelenk und ein Ohr ab. Das Kind starb nach wenigen Minuten infolge Verblutung.

Verhandlungen gegen einen zehnfachen Frauenmörder. Vor dem Schwurgericht in Versailles begann die Verhandlung gegen Landru wegen Mordes, begangen an zehn Frauen und einem Knaben.



Haß und Verachtung

gegen die sozialistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten spricht aus den Kundgebungen der bürgerlichen Zeitungen und Flugblätter. Dieser Haß soll die bürgerlichen Wähler aufpeitschen und sie bis zum letzten Mann am Sonntag zur Wahl treiben.

Wir hassen nicht,

aber wir wollen unser Recht.

Du wirst sicher in diesem Kampfe für deine Interessen nicht zu Hause bleiben wollen. Gehe zur Wahl!

Stimme für die G.P.D.!

Für Liste Gustav Ehlers.



Ein paritätischer Mietvertrag für Lübeck.

Vom Mieterverein wird uns geschrieben:

Der Mieterklubverein legt der breitesten Öffentlichkeit den Entwurf eines Mietvertrages vor, der vom Wohlfahrtsamt entworfen, in drei gemeinsamen Sitzungen von Vertretern der Organisationen unter dem Vorsitz des Herrn Professor Tornin durchberaten und abgeändert wurde und in der nachstehenden Form nun der definitiven Zustimmung unterliegt. Ein paritätischer Mietvertrag, der von der Organisation anerkannt wird, ist zwingend für die gesamte Mieterschaft. Denn es wird zweifellos die Praxis des Einigungsamtes werden, die Verweigerung der Unterschrift als Kündigungsgrund anzuerkennen. Gerade wegen dieser weitgehenden Folgen will sich der Mieterklubverein vor der Genehmigung des Vertrages der Zustimmung der gesamten Mieterschaft Lübecks vergewissern.

Als Vertreter des Mieterklubvereins hat an den gemeinsamen Sitzungen der Sekretär des Vereins, Herr Richard Mauerer, teilgenommen und er bittet die Mieterschaft, ihm ihre Wünsche und Beanstandungen schriftlich zur Kenntnis zu bringen. Unter Freilassung der formalen Einleitung hat der Vertrag folgende Bestimmungen:

- § 2. a) Das Mietverhältnis beginnt am und endet am, ohne daß besonderen Kündigung bedarf.
- b) Das Mietverhältnis beginnt am Eine bestimmte Mietzeit ist nicht vereinbart. Die Kündigung ist — nur für den Schluß eines Kalenderdrittelsjahres — nur auf den 31. März oder auf den 30. September — zulässig; sie hat spätestens am 3. Werktag des Vierteljahres zu erfolgen. Erfolgt die Kündigung nicht rechtzeitig, so gilt sie für den nächsten zulässigen Termin.

Will der Vermieter den Vertrag kündigen, weil er ohne sein Verschulden in Wohnungsnot geraten ist, so kann das Einigungsamt die Kündigung zu einem früheren Zeitpunkt zulassen, als nach den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes zulässig wäre, sofern der Mieter ausreichende Räume behält oder erhält und berechnigte Interessen des Mieters nicht verletzt werden.

(Anmerkung: Ist mit der Wohnung zugleich ein Garten überlassen, so wird es sich empfehlen, die Kündigung auf den 1. Juli auszuschließen, um Streitigkeiten über die Verteilung der Gartenerzeugnisse zu vermeiden.)

- § 3. a. Der Mietzins beträgt jährlich Mk. (in Buchstaben: M. Sämtliche Abgaben und Lasten zahlt der Vermieter)
- b) Der Mietzins beträgt jährlich Mk. (in Buchstaben: M.)

Der Mieter hat dem Vermieter ferner Prozent der Grundsteuer, des Wassergebühres, der Klosettgebühre, des Schornsteinfegergebühres und der Gebäudeversicherungsbeiträge zu erstatten. Das gleiche gilt für neue Steuern und Abgaben, die auf den Grundbesitz gelegt werden, sofern durch Gesetz oder durch Beschluß des Einigungsamtes ihre Erstattung allgemein festgesetzt wird. Der Vermieter hat dem Mieter auf Verlangen die erhöhten Abgaben durch Vorlegung der Rechnung zu belegen.

Ferner zahlt der Mieter für Treppenreinigung und Treppenbeleuchtung jährlich Mk. und für Spiegelglasversicherung jährlich Mk. Aendern sich die vom Vermieter für diese Reinigung, Beleuchtung und Versicherung aufzunehmenden Kosten, so ändert sich auch der vom Mieter hierfür zu zahlende Betrag entsprechend. Der Vermieter hat die Aenderungen dem Mieter durch Vorlegung der Belege nachzuweisen.

Der Mietzins ist in vierteljährlichen am 1. Werktag eines jeden Kalenderdrittelsjahres — in monatlichen am 1. Werktag eines jeden Monats — im voraus fälligen Teilbeträgen an den Vermieter zu entrichten. Die vom Mieter neben der Miete zu entrichtenden Beträge sind, sofern ihre Höhe bereits feststeht, zugleich mit der Miete für den Zeitraum zu zahlen, in dem sie zur Erhebung gelangen; andernfalls bei der auf den Eingang der Rechnung folgenden Mietzahlung.

§ 4. Außer den Mieträumen liefert der Vermieter während der Wintermonate die dazu gehörige Zentralheizung. Hierfür hat der Mieter eine besondere Vergütung von Mk. für — den Tag — den Monat — das Winterhalbjahr — zu zahlen. Als Grundlage für die Vergütung ist der Preis von Mk. für den Zentner Zehnfachholz anzunehmen. Erhöht oder ermäßigt sich der Grundpreis, so ist die Vergütung im gleichen Verhältnis herauf- oder herabzusetzen.

Der Vermieter hat die Verpflichtung, alle mit Heizkörpern versehene Räume in genügend warmem Zustande zu erhalten, jedoch sie während des ganzen Tages bewohnt werden können.

b. h., daß in der Zeit vom bis in sämtlichen beheizten Räumen von morgens Uhr an eine Wärme von mindestens Grad Reaumur bei geschlossenen Heizkörpern und geschlossenen Fenstern herrscht. Hat der Mieter die Zentralheizung zu bedienen, so hat er den zweimäßigen Anweisungen des Vermieters Rechnung zu tragen. Während der Lüftung des Zimmers ist er verpflichtet, die Heizung abzustellen. Störungen der Zentralheizungsanlage oder Kohlenmangel gelten als höhere Gewalt und befreien den Vermieter von der Verpflichtung zur Lieferung der Heizung, solange das Hindernis besteht. Der Mieter ist für diese Zeit von der Vergütung für die Heizung befreit. Ein Abzug von der Miete, oder ein Anspruch auf Schadenersatz steht ihm nicht zu, es sei denn, daß ein Verschulden des Vermieters vorliegt. Ergibt sich aus wirtschaftlichen Gründen für den Vermieter die Notwendigkeit, die Wohnung anstatt der Zentralheizung mit Oesen zu versehen, so ist er hierzu berechtigt. Meinungsverschiedenheiten über die Zahl und die Ausführung der Oesen entscheidet das Einigungsamt.

§ 5. Fristlose Kündigung durch den Vermieter ist zulässig: a) Wenn der Mieter länger als eine Woche mit mehr als dem Betrag einer Monatsrate, oder länger als zwei Monate mit dem Betrage einer Vierteljahresrate im Verzuge ist. Die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn der Mieter den Vermieter befriedigt, bevor sie erfolgt. Die Kündigung ist unzulässig, wenn sich der Mieter von seiner Schuld durch Aufrechnung befreien konnte und unverzüglich nach der Kündigung die Aufrechnung erklärt. (§ 554 B.G.B.)

b) Wenn der Mieter oder derjenige, dem er den Gebrauch der gemieteten Sache überlassen hat, ungenügend einer schriftlichen Abmahnung des Vermieters einen vertragswidrigen Gebrauch der Sache fortsetzt, insbesondere sich hartnäckiger Zünderhandlung gegen die Hausordnung schuldig macht. Das Kündigungsrecht ist nur gegeben, wenn die Rechte des Vermieters erheblich verletzt sind. Einer Abmahnung bedarf es nicht, wenn durch das Verhalten des Mieters eine unmittelbare Gefahr für Leib oder Leben des Vermieters oder eines seiner Angehörigen begründet wird. (§ 553 B.G.B.)

Macht der Vermieter von seinem Kündigungsrecht Gebrauch, so ist er berechtigt, vom Mieter, soweit es der Billigkeit entspricht, Ersatz der Kosten einer erforderlichen und vorgenommenen Erneuerung der Wohnung und der bei der Weitervermietung entstehenden Unkosten sowie des durch Versehen etwa entfallenden Verlustes bis zur Dauer des laufenden und folgenden Kalenderdrittelsjahres zu beanspruchen. Im Streitfall entscheidet das Einigungsamt endgültig über die Höhe dieser Vergütung.

§ 6. Der Vermieter darf die Mieträume, nötigenfalls auch in Begleitung anderer Personen betreten, falls Gefahr im Verzuge ist, die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen geprüft oder festgestellt oder verhindert werden soll, daß die Räume ordnungswidrig benutzt oder eingebrachte Sachen widerrechtlich aus ihnen entfernt werden.

Zum Zwecke des Verkaufs des Grundstücks darf der Vermieter die Mieträume in Begleitung der Kaufkustigen nach vorheriger Anmeldung an Wochentagen zwischen Uhr betreten.

Nach Kündigung des Mietverhältnisses ist ihm das Betreten in Begleitung der Mietkustigen zu den gleichen Zeiten ohne vorherige Anmeldung gestattet. In diesem Fall muß der Mieter dafür sorgen, daß das Betreten der Wohnung auch während seiner Abwesenheit möglich ist.

§ 7. Der Vermieter hat die Mieträume in ordnungsmäßigem Zustande zu übergeben und sie während der Mietzeit darin zu erhalten, soweit nicht der Mieter wegen eigenen oder fremden Verschuldens haftbar ist.

Offensichtliche Mängel, mit denen die Mieträume übergeben worden sind, sowie das Fehlen von Zubehörteilen kann der Mieter nur geltend machen, wenn er davon den Vermieter binnen einer Woche nach Uebergabe der Mieträume Anzeige gemacht hat.

Bis spätestens Wochen nach der Uebergabe der Mieträume hat der Vermieter folgende Arbeiten ausführen zu lassen:

§ 8. Kleine Reparaturen während der Mietzeit bis zum Betrage von Mark (soll bis 10 Mark festgesetzt werden) in jedem Einzelfall hat der Mieter zu tragen. Zerbrochene Spiegelgehäuse sind, soweit sie nicht versichert sind, vom Mieter auf eigene Kosten zu ersetzen, es sei denn, daß der Vermieter gegen das Verlangen des Mieters die Versicherung nicht vorgenommen hat. Sonstige zerbrochene Spiegelgehäuse hat der Mieter auf eigene Kosten zu ersetzen, es sei denn, daß er nachweist, daß weder ihm ein Verschulden trifft, noch Personen, für deren Verhalten er nach bürgerlichem Recht aufzukommen hat.

Ausbesserungen, die infolge höherer Gewalt notwendig werden, z. B. durch Hagelschlag, Blitz, Sturm, Ueberschwemmung, Flieger gehen zu Lasten des Vermieters, auch wenn es sich um kleinere Reparaturen oder um zerbrochene Spiegelgehäuse handelt.

Bei Erneuerungen oder Ausbesserungen an oder in den gemieteten Räumen ist vorher eine Verständigung über die Ausführung und die Verteilung der Kosten zu versuchen. Kommt keine Verständigung zustande, so entscheidet das Einigungsamt. Nimmt der Mieter solche Erneuerungen oder Ausbesserungen eigenmächtig vor, so verliert er seinen etwaigen Anspruch auf Ersatz der Kosten.

Die Vornahme notwendiger baulicher Aenderungen oder Instandsetzungen muß der Mieter dulden, ohne eine Entschädigung für Aenderungen beanspruchen zu können.

§ 9. Minderungsansprüche können erst erhoben werden, nachdem der Mangel dem Vermieter angezeigt, ihm eine angemessene Frist zur Beseitigung gelassen ist und er nicht Abhilfe geschaffen hat.

Schadenersatzansprüche stehen dem Mieter nur zu, wenn den Vermieter ein Verschulden trifft oder er mit der Beseitigung eines Mangels im Verzuge ist.

§ 10. Neue vom Mieter ohne besondere Genehmigung beschaffte Anlagen oder Veränderungen in den gemieteten Räumen hat er nach Erfordern des Vermieters alsbald oder bei Beendigung des Mietverhältnisses wieder zu entfernen und den alten Zustand auf keine Kosten wieder herzustellen.

Der Vermieter kann Einrichtungen, mit denen der Mieter die Räume versehen hat (insbesondere Oesen, Schlüsseln und Sicherheitsbeschloß) bei Beendigung des Mietverhältnisses zum Schätzwert übernehmen. Der Wert ist im Streitfalle durch einen von der Gewerbestammer bestellten Sachverständigen zu bestimmen.

§ 11. Eine Untervermietung der gemieteten Räume im ganzen oder teilweise ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Vermieters ist dem Mieter nicht gestattet.

Der Mieter tritt schon jetzt für den Fall der Untervermietung der gemieteten Räumlichkeiten im ganzen die ihm gegen den Untermieter zustehenden Forderungen nebst Pfandrecht dem Vermieter in Höhe von dessen Mietsforderungen zur Sicherheit ab und verpflichtet sich, falls erforderlich zur Durchführung dieser Abtretung weiter mitzuwirken.

§ 12. Die Mieträume dürfen nur zu dem Zweck benutzt werden, zu dem sie vermietet sind (vgl. § 1). Als Wohnung vermietete Räume dürfen insbesondere nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Vermieters zu gewerblichen Zwecken jeder Art auch nicht zum Betrieb eines Pensionats oder Mittagstisches benutzt werden. Wird die Zustimmung ohne triftigen Grund verweigert, so kann sie vom Einigungsamt erlangt werden.

§ 13. Die beigelegte Hausordnung gilt als Teil des Vertrages.

§ 14. Hat der Mieter bei den Vertragsverhandlungen wahnheitswidrige Angaben über die Rechtsverhältnisse an den eingetragenen Sachen gemacht, so kann der Vermieter vor dem Beginn des Einigungsamtes den Vertrag zurücktreten oder nach erfolgtem Einzug mit einmonatiger Frist kündigen, falls sich ergibt, daß eingebrachte Sachen keine Sicherheit für eine Halbjahresmiete bilden und diese Sicherheit nicht anderweitig gestellt wird.

Diese Rechte kann der Vermieter nur ausnahmsweise nach Entscheidung der Wahrheitswidrigkeit der Angaben geltend machen; die Geltendmachung binnen einer Woche genügt.
Wenn von dritter Seite durch behördlich oder gerichtliche Maßnahmen die eingebrachten Sachen beschlagnahmt oder herabverlangt werden, so hat der Mieter dies dem Vermieter sofort anzuzeigen.
§ 15. Für alle Verpflichtungen aus dem Mietverhältnis haften der Mieter und seine Ehefrau als Gesamtschuldner.
Die Ehefrau wird von dem Ehemann in allen das Mietverhältnis betreffenden Angelegenheiten ausdrücklich vertreten. Erklärungen des Vermieters in bezug auf das Mietverhältnis die dem einen Ehegatten in den gemieteten Räumen zugegangen sind, gelten auch als dem anderen Ehegatten zugegangen.
Stirbt einer der Ehegatten, so werden seine Erben durch den überlebenden Ehegatten vertreten.
Der Vermieter wird in allen das Mietverhältnis betreffenden Angelegenheiten von seinem Verwalter... vertreten.
§ 16. Nur schriftliche Vereinbarungen sind für dieses Vertragsverhältnis rechtsverbindlich. Sie können nur schriftlich ergänzt oder abgeändert werden.
§ 17. Ansprüche aus dem Mietverhältnis dürfen vor Gericht durch Klage oder Widerklage nicht geltend gemacht werden, bevor die Einigung vor dem Mietvereinigungsamt erfolglos versucht ist. Das gilt nicht für Klagen auf Räumung bei fristloser Kündigung sowie für Anträge auf Geldeinziehung oder einer einstweiligen Verfügung.
§ 18. Die Gebühren und Stempelabgaben für diesen Vertrag zahlen Vermieter und Mieter je zur Hälfte.
Lübeck, den 192
D... , Vermieter.
D... , Mieter.
dessen Ehefrau: ...

Hausordnung.

1. Jeder Bewohner hat auf die Mitbewohner billige Rücksicht zu nehmen, namentlich beim Rauchen, Singen und Erregung anderer Geräusche. Nach 10 Uhr abends ist unbedingte Ruhe zu bewahren.
2. Die Hausdiene, die Haus- und Kellertreppe und der Hauseingang ist von den Bewohnern des Erdgeschosses rein zu halten. Die Bewohner der oberen Stockwerke haben ihre Vorbiele sowie die zu ihrem Stockwerk führende Treppe zu reinigen und zu ölen, die Bewohner des obersten Stockwerks auch die Bodentreppe und deren Vorplatz.
3. Der Bewohner der nach der Straße gelegenen Wohnung des Erdgeschosses hat den Abgang von Eis und Schnee zu reinigen und bei Glätteis zu streuen, ebenfalls die Einfahrt oder den Eingang.
4. Der Treppenboden, die Waschküche ist nach jeder Benutzung zu reinigen, sowie jede Verunreinigung von Straße, Hof, Flur, Treppe usw. durch Holz, Asche usw. zu entfernen.
5. Die große Wäsche darf nur in der Waschküche gewaschen und nur auf dem von dem Vermieter angewiesenen Trockenplatz getrocknet werden. Die Reihenfolge der Benutzung bestimmt der Vermieter. Eine Haftung für die auf dem Trockenraum aufgehängte Wäsche übernimmt der Vermieter nicht.
6. Auslöpfen darf nicht auf Treppen und Balkons, sondern nur vormittags von 8-12 Uhr auf einem vom Vermieter angewiesenen Platz geschehen. Fenster dürfen im Gängen nicht gewaschen werden, sondern müssen entweder ausgenommen oder geputzt werden.
7. Holzhacken und Holzspalten in den Wohnungen einschleichen der Küche und auf dem Boden ist verboten. Im Keller ist es nur auf Hauböden gestattet. Platz für Holzhacken.
8. Das Aufstellen von Gegenständen auf gemeinschaftlichen Plätzen und Treppen ohne besondere Erlaubnis des Vermieters ist untersagt. Ebenso dürfen Schilder nur mit Erlaubnis des Vermieters angebracht werden. Unnötiger Aufenthalt im Treppenhause sowie das Spielen der Kinder darauf ist untersagt.
9. In die Klosetts und Handsteine dürfen nur Flüssigkeiten abgelaufen werden.
10. Wasserleitung, Gasleitung, Badeinrichtung und Zentralheizung sind bei Frost vor dem Einfrieren zu schützen. Kellertür und Bodenfenster bei Sturm und Regen zu schließen. Der Mieter hat den Anordnungen des Vermieters zu folgen, welche dieser trifft, um die Gas- und Wasserleitung, Zentralheizung vor Einfrieren, Schaden und Mißbrauch zu schützen, insbesondere hat der Vermieter die Zeiten der Wasserentnahme zu bestimmen. Jeder überflüssige Wasserverbrauch ist zu vermeiden. Eine Spülung der Wäsche durch dauernd fließendes Wasser ist verboten.
11. Das Reinhalten der Ofen und Herde ist Sache des Bewohners.
12. Die Bewohner haben die nötigen Kästen oder Eimer für Mülle und Schmutz zu stellen und abholen zu lassen. Sie dürfen nur auf dem dazu angewiesenen Plage zur Abholung bereitgestellt werden.
13. Das Haus ist während der Nachtzeit geschlossen zu halten, im Winter von 9-7 Uhr, im Sommer von 10-6 Uhr.
14. Jeder Bewohner hat den zu seiner Wohnung führenden Treppenaufgang sowie seine Vorbiele während der ortsüblichen Zeit zu beleuchten. Wer diese Verpflichtung verletzt, haftet für daraus entstehende Schäden.
15. Der Hauschlüssel darf mißbräuchlich an niemand überlassen werden. Wer dieser Bestimmung zuwiderhandelt, haftet für die Folgen.
16. Haustiere (Hunde, Katzen usw.) dürfen in der Wohnung nur mit Genehmigung des Vermieters gehalten werden.

Salire auf die nachlässigen Wachen und Schutze der oberen Zehntausende. Menschliche Schwächen und Gewohnheiten sind die Zielscheibe trefflicherer Spottes. Und das Ganze ist so lustig, das die, welche es angibt, darüber nicht läse werden, sondern sich sehr freuen. In der Hauptsache wohl deshalb, weil sie gemerkt haben, daß sie zu den handelnden Personen gehören. Die Wiedergabe der Komödie war am Dienstag leichtflüssig und wirkungsvoll. Willi Walther-Bühne war ein sehr drolliger Vortrag, Karl W. als Manierist ein gewandter, liebenswürdiger Kamerad. Als ein frisches Talent erweist sich Fräulein Hoff, die aus der Cecily Carbow ein ganz famos, jedes Möbel machte. Kitty Stengel tat als hübsche Gwendoline desgleichen. Elisabeth Thiel als Lady Bradwell, Emma Dovel als Miss Orlin und Friedrich Hansen als Warren Chesable waren recht ernste Leute, die sich sonst ausnahmen. Das zahlreich Publikum spendete der gelungenen Aufführung des amüsanten Stüdes reichem Beifall.

Das zweite Musikfest im Stadttheater war nur auf Reethoven und Brahms eingestellt. Als Einleitung spielte Karl Man u s t a e d t Reethovens Leonoren-Quartette Nr. 2 (op. 72), die zwar äußerlich weniger erfüllend, weniger dämonisch, weniger schön als die „großmächtige“ dritte, mit der er erst unlängs uns erfreut hat, aber Leonores fähiges Einsteigen für das Leben des geliebten Mannes nicht weniger eindringlich schildert. Manuskardt gab die Duettüre ungemein zart und innig wieder, sodaß sie zu einem mitterlichen Hochgefühl auf Gattenliebe und Gattenkreuze wurde. Brahms' Konzert für Violine (op. 77) gab dem Meister Selzer Hans Bassermann Gelegenheit, seine Meisterschaft auf der Violine zu beweisen. Rein musikalisch gehört dieses Violinkonzert nicht gerade zu dem Besten, was wir Brahms verdanken. Dem Geiger selbst stellt es äußerst dankbare Aufgaben, in seiner Kunst nach allen Seiten zu glänzen. Hans Bassermann reichte nicht den guten Ruf, der ihm voraus geht. Seine Technik ist wahrhaft glänzend. Sein Spiel erstarrt nicht im Mechanischen, sondern sucht den Vortrag zu beleben. Der Beifall, der dem im besten Mannesalter stehenden Meister reichlich wurde, ging über das gemöhnliche Maß norddeutscher Vereinerung weit hinaus. Am 14. d. M. spielte Karl Manuskardt Reethovens fünfte Sinfonie in C-Moll (op. 67, nicht 97, wie es fälschlich infolge eines Druckfehlers auf dem Zettel hieß). Beethovens „fünfte“ ist eine der genialsten und erhabensten Tonwirkungen, die die Welt kennt. Sie bildet einen Grundpfeiler in Beethovens Musik und der modernen Tonkunst überhaupt. Noch immer ist unumstößlich wahr, was Robert Schumann einst niederschrieb, als er diese Jupiter-Sinfonie am Neujahrstage 1841 in Leipzig gehört hatte: „So oft kehrt in öffentlichen Saal, wie im Innern, läßt sie (die C-Moll-Sinfonie) unverändert ihre Macht auf alle Menschen aus, gleichwie manche große Geschehnisse in der Natur, die, so oft sie auch wiederkehren, uns mit Ehracht und Bewunderung erfüllen.“ Diese Sinfonie wird nach Jahrhunderten noch wiederklängen, ja gewiß so lange es eine Welt und Musik gibt.“ In diese über alle Maßen herrliche und tiefste Sinfonie darf ich, wie schon W. T. M. Hoffmann hervorhob, der ja nicht nur ein Tenorist war, sondern auch die Musik aus dem 17. Jahrhundert, „nur ein äußerlich sicheres, ein geübtes, von einem Geiste geleitetes Orchester waren.“ Es wird wie ein unerschütterliches Ruhmestück in der Geschichte unseres Orchesters bleiben, daß es diese Sinfonie, feiert vom Feuergeist Mannuskarts, in einer Art und Weise zu Gehör brachte, die den Beifall zu löbenden Klammern ausschlagen ließ.

Der große Kunst- und Musikabend am Dienstag im Marmorpalast gab wieder einen Gradmesser von der Beliebtheit, deren sich dieser famose Künstler in Lübeck erfreut. Mant ist aber auch einzigartig; ein Name, der seine Gemeinde von Anfang bis zum Schluß im Raum und in Spannung hält. Ein Programm aus-erleuchteter Seiten berühmter Schriftsteller und eigener Arbeit steht ihm zur Verfügung. Aber das allein ist es nicht, was einen Kunst-Abend füllt. Die Hauptrolle ist die Art seines Vortrages, die Wiedergabe all der Wesen aus den Werken großer Meister. Hier zeigt sich der Interpret selbst als Wasserbauer. All die Feinheiten, die der beherrschende Meister nur empfindet aber nicht, erheben bei Mant zu vollem Leben und lassen uns so erst die Seele des schaffenden Künstlers erkennen. Unermeßlich tief und rein erklingen die Saiten in „Hans Nittes Nitt“, in „Hans Nitt“, in „Tante Nitt“. Selbst ein Kritik Meister, Garth Red oder Götter Nitt würden jenseits, man hätte Kinder der Muse finden in der Kunst treuen Können. Wie sie Joseph Mant ins Dasein treiben ließ. Das war ein unerreicht bleibendes Mit-klängen und Klängen vieler Menschenherzen. Mant wartet aber nicht nur mit ersten literarischen Feinheiten auf. Unerschütterlich und fähig ist auch sein Humor. „Man munk die Schicksale der Kunst“, mitterlebt, den „Mant-Clown“ alteren oder „Dr. Bohrer“ huzieren geziehen haben, wenn man ein probates Mittel zum Verleihen jeder arken Stimmung mit nach Hause nehmen will. Nach in manchen anderen Köstlichkeiten bewies Mant sich als feinsinniger Humorist, Mimiker und Dialekt-kenner, und schließlich sind seine Feinheiten aus Opern und Oratorien auch nicht zu verachtende Schelmereien. Der Abend war ein voller Erfolg für den Künstler. XX.

Der helle Kopf hat darin besonders unterrichtet: 1. die schlechte diesjährige Zuckereinte, 2. die ungewöhnlichen Witterungs-Einflüsse, welche die Aufnahmen der Rüben stark verzögert haben soll und 3. der Mangel an Eisenbahnwagen. Unwillkürlich fragt man sich, welchen Zweck verfolgt die Zuckerrüben-Kommandi-Gesellschaft mit diesem Bericht, welchen Grund hatte sie dafür? Unter Berücksichtigung der heute gerade trostlosen Zustände in unserer Zuckerrüben-Industrie ist un schwer zu erkennen, daß die berechtigte Erregung besonders im Mittel- und Arbeiterstande immer größer wird. — Es ist also nichts anderes, als ein Fruchtgefühl, welches die Z.-R.-G. veranlaßt, dieses Kindermärchen über die Zuckerrüben in die Zeitung zu bringen. — Die Mecklenburgische Landwirtschaftskammer schreibt unterm 4. ds. Monats, daß die diesjährige Zuckerrüben-Einte mittelmäßig ist, d. h. quantitativ, der Zuckergehalt der Rüben ist aber abnorm groß und reich — über 19 %. Ist das etwa eine schlechte Zuckereinte? Dann soll die schlechte Witterung die Ernte verzögert haben! Der Berichterstatter der Z.-R.-G. scheint seinen Winterurlaub recht fröhlich begonnen zu haben, sonst hätte ihn das herrliche Herbstwetter, welches mir fast bis Ende Oktober d. J. hatten, doch eines Besseren belehrt. Seit langer Jahren hatten wir nicht das wunderbare Erntewetter wie gerade in diesem Jahre, und wer so wie ich besonders Mecklenburg und Schleswig-Holstein kennt, weiß, daß die Ernte — auch die Zuckerrüben-Ernte — überall, selbst in den größten Gütern, fast ganz beendet ist. Auch der dritte Grund ist nicht stichhaltig! Unter Bahnmangel-Material ist allerdings nicht auf der Höhe, da aber die Zuckerrüben doch in der Hauptsache aus ihrer nächsten Umgebung mit Rüben beliebert werden, hat man in vielen Orten den vorhandenen Bahnmangel durch andere Fuhrwerke, besonders durch Last-Auto, eingemakeln beiseite. Jedenfalls fließt der Betrieb in keiner Zuckerrübenfabrik, überall wird mit Tag- und Nachtschicht gearbeitet. Zucker ist überall vorhanden, wer Geld und Lust hat 10, 12, ja 15 Mark pro Pfund zu zahlen, bekommt jedes Quantum, allerdings unter den Namen „Auslands-Zucker“, woher aber dieser Auslands-Zucker stammt, und wie er zu dieser Metamorphose gekommen ist, das ist heute wohl kein Geheimnis. In den Vergnügungskäthen, Weinkeimen, Konditoreien, Zuckerrübenfabriken, wo selbst Zuckereinte vor 15 Mark und mehr keine Rolle spielen, ist kein Mangel an Zucker. Die Auffassung der Bevölkerung über die augenblickliche Sachlage ist durchaus nicht „irrlüchlich“, im Gegenteil, der Konsument weiß ganz genau, wo der Hund begraben liegt. Und so recht passional klingt die an die Bevölkerung gerichtete „dringende Bitte“, ja nicht mehr Zucker zu verlangen, als bisher jedem an Verteilungszucker zugehand. Jeder, der auf den Kleinhandler einen Druck ausüben sucht, um mehr Zucker zu erlangen, verflüchtigt sich gegen die Allgemeinheit. Gut gebrüllt, Löwe! Aber richtiger ist, daß jeder, der nicht sein gutes Recht fordert, die „Allgemeinheit“ (man könnte auch die erste Silbe dieses Wortes streichen) der Zuckerrüben fahrt. Wir alle kennen den Grund der Zuckerrübenknappheit: liegt die Markt, dann ist auch wieder Zucker zu erschwindlichen Preisen vorhanden. Also verehrter Berichterstatter der Z.-R.-G., wenn Sie der Bevölkerung, oder besser gesagt dem Mittel- und Arbeiterstande keine sichhaltigeren Gründe geben könnten, wäre es wohl besser gewesen, Sie hätten Ihnen etwas fröhlicher begonnener Winterurlaub nicht für einige Augenblicke unterbrochen, oder Sie hätten diese Zeit praktischer mit der Berechnung Ihres Gewinnes aus dem augenblicklichen Zuckermangel ausgefüllt. M. W.

Der helle Kopf

Dr. Oetker's Backpulver Backin
macht Kuchen und Gebäck alle Art groß, locker und wohl schmeckend.

Dr. Oetker's Puddingpulver
gibt eine leicht herzustellende, wohlschmeckende und nahrhafte Nachspeise.

Dr. Oetker's Gustin
dient zur Herstellung von Puddings, Cremes, Flammkuchen, sowie zum Sammelmachen der Suppen und Saucen.

ist die Schutzmarke der echten.

Dr. Oetker's Fabrikate

Man achte beim Einkauf darauf, daß man nur diese erhält!

Theater und Musik.

Stadttheater.
„Baudury“, eine triviale Komödie für jedwede Leute von Oscar Wilde. Eine geistreiche Verkörperung der „guten Gesellschaft“, in der Wilde eine hervorragende Rolle spielte. Was

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die Zuckerrübe.

In der hiesigen Presse versucht die Zuckerrüben-Kommandi-Gesellschaft die augenblickliche Zuckerrübenknappheit zu erklären.

Für die vielen Gebrauchs- und Gratulationskarten zur Vermählung danken herzlich
Fritz Lau u. Frau
verwitwete Vob.
geb. Johansson.

Verkauf der Möbel.
Filiale Lübeck.
Am Sonntag d. 6. Nov. nach unserm Besuche
Friedr. Jange
im Alter von 20 Jahren (1891)
Ehe seiner Ehefrau
Verkaufung am Freitag, dem 11. November, nach 15 Uhr, auf dem Bonnerplatz, 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Dankagung.
Für bewiesene herzliche Teilnahme und reichen Kranzbesand bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Vollen
Jürgen Wilhelm Meyer
sagen wir allen unseren dankbaren Dank.
Die Kinder.

Gängelamp f. Betr. u. Gas b. u. verk. Mablumen-8888) Straße 4 part. r.
Guttr. Gefällig zu verkaufen. (8895) Kottwitzstr. 13, pr.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8881)

Selten junges fettes
Rosfleisch
fr. ger. Mettwurst, Gelockte u. Lebertourst
Fr. Kollmann,
Reiferstraße 8.

Bordunzeige.
Der Theaterverein „Freiheit“ von 1906 spielt am Dienstag, d. 15. November, 8-7 1/2
Achtung,
Sparklubs!
Sparkassen-Bücher
in übersichtlicher Aufmachung vorzüglich in der Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Verkauf der Möbel.
Filiale Lübeck.
Am Sonntag d. 6. Nov. nach unserm Besuche
Friedr. Jange
im Alter von 20 Jahren (1891)
Ehe seiner Ehefrau
Verkaufung am Freitag, dem 11. November, nach 15 Uhr, auf dem Bonnerplatz, 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Art.-Sammit.-Kd. Lübeck.
(8867)
K a r t e n f.
Am Sonntag nach unserm Besuche
W. Köhler.
Ehe seiner Ehefrau
Verkaufung am Freitag, dem 11. November, nach 15 Uhr, auf dem Bonnerplatz, 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Selbständige Elektromonteuere
zu sofort gesucht. (8879)
A. Prien, Johannisstraße 21.
Lauter 2-3-4-5 m. Gd. | Kost 2 u. p. f. Handels-
geg. 2-3-4-5 m. Gd. | mann v. Entlicher.
Langer Lohberg 11. (8874) | Kronst. III. 78 a.

Hohle Belohnung!
Belragten verloren
zwischen König- u. Mühl-
teustr. Abzugeben bei
Chr. Schultz,
8872) Kösigstr. 93.

Einerebier
Freitag von 4-6 Uhr.
Beauceri Stamer.

Strümpfe
Import 10000, 12000
Königsstr. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Otto Abers
Markt 4 Kobl. 10

Bauer- u. H.-Fahräder
neue u. gebrauchte, ein
Analyse-Nachricht über
die Verfahr. Fahr.-Dtl.
Sambornerstraße 47.
(8876)

Möbel
Vollst. u. Spieg.
Gerren-Ausgabe auf
Teilzahlung!
Anzugstoffe
m. (s. u. 120 A. an.
Holsten-
Kesten, str 17. 1.

Ein weiterer Zeitungsverkäufer
bei hies. Verdienst
zu sofortiger
Lübecker Volkszeitung,
Johannisstraße 46.